

Deutsche Wirtschaft: Eine Rezession ist noch keine Krise

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die Abkühlung der Weltkonjunktur und die Unsicherheiten durch den Brexit haben der exportorientierten deutschen Wirtschaft zugesetzt. Sie dürfte in diesem Jahr nur um 0,5 Prozent wachsen. Dass die deutsche Wirtschaft aber nicht in eine ernsthafte Krise rutschen dürfte, ist den kräftigen finanzpolitischen Impulsen und einer günstigen Arbeitsmarktentwicklung zu verdanken. Dadurch bleibt der private Konsum eine Stütze der Wirtschaft; hinzu kommt eine moderate Inflation, die auch in den kommenden beiden Jahren die Kaufkraft kaum dämpft. Diese Faktoren werden zusammen mit einer wieder stärkeren Auslandsnachfrage dafür sorgen, dass sich im kommenden und übernächsten Jahr die deutsche Wirtschaft wieder etwas erholt. Sie dürfte pro Jahr um 1,4 Prozent wachsen – vorausgesetzt, die erheblichen politischen Risiken materialisieren sich nicht. So würde ein harter Brexit das Wachstum in Deutschland allein im kommenden Jahr um 0,4 Prozentpunkte belasten.

Die deutsche Wirtschaft erlebt derzeit eine Schwächephase. Nach den exportgetriebenen Boomjahren 2016 und 2017 setzte bereits im vergangenen Jahr eine spürbare Abkühlung ein, die zunächst durch temporär wirksame Faktoren im Automobilsektor ausgelöst schien. Nun zeigt sich, dass die Industrie in größeren Problemen steckt: Die weltweite Investitionsgüternachfrage ist schwach und trifft die darauf spezialisierte deutsche Wirtschaft besonders hart (Kasten 1). Die Industrieproduktion ist seit einem Jahr rückläufig und ließ Deutschland im Sommerhalbjahr in eine Rezession abgleiten (Abbildung 1).

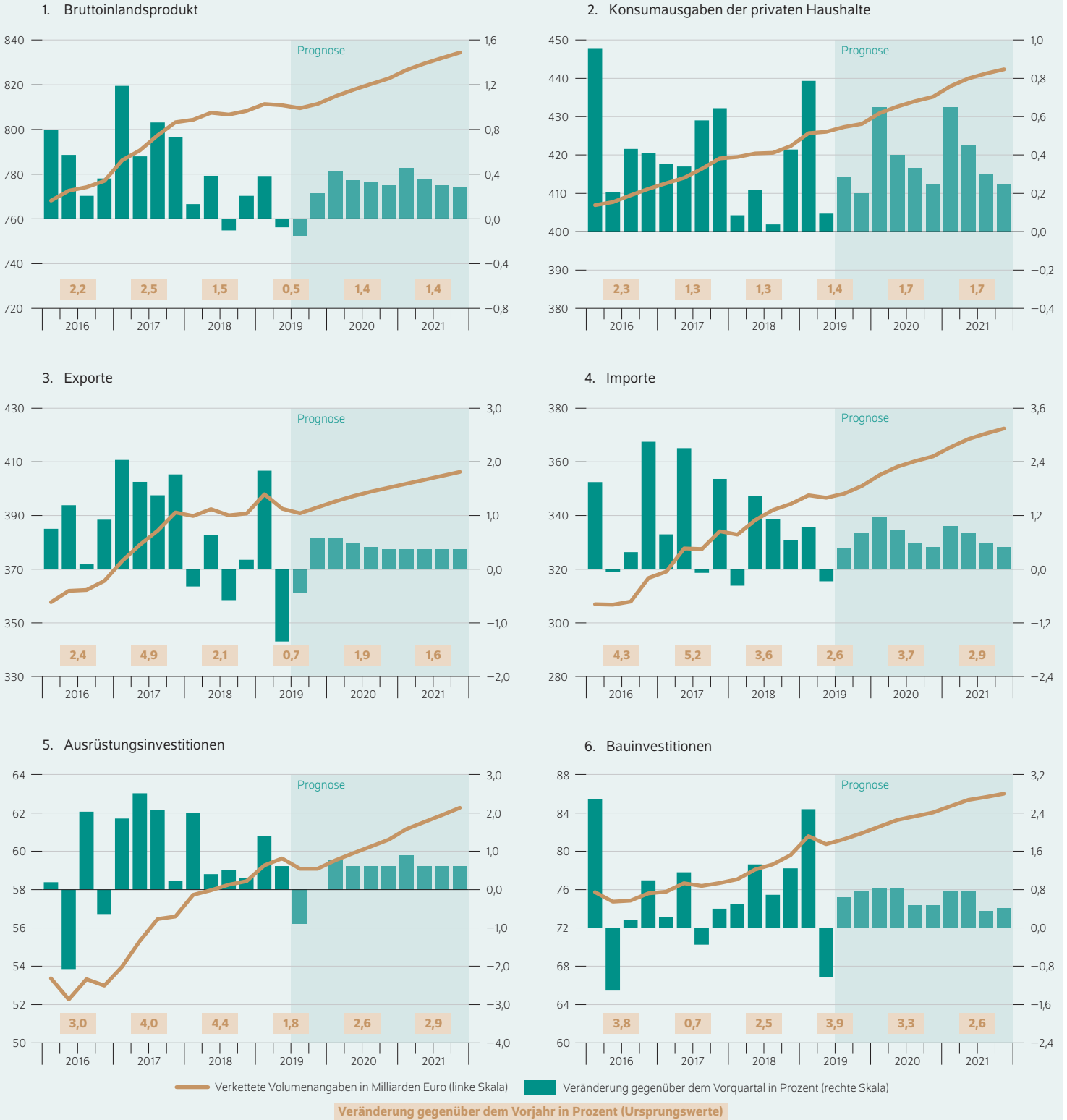
Trotz des kräftigen Jahresauftakts wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr nur um 0,5 Prozent¹ das Vorjahresergebnis übertreffen (Abbildung 2) und in etwa dem Produktionspotential entsprechen: Die Phase anhaltend gut ausgelasteter Kapazitäten endet damit (Abbildung 3). In den kommenden beiden Jahren dürfte die Wirtschaft in etwa normal ausgelastet sein. Die Unternehmen sind in der Breite weniger zuversichtlich eingestellt. Die Industrieflaute strahlt mittlerweile auch auf den Dienstleistungssektor aus – sie sorgt für eine geringere Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen und über den schwächeren Beschäftigungsaufbau belastet sie die konsumnahen Bereiche.

Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist vor allem der Abkühlung der Weltkonjunktur und einer durch den Brexit und die Handelsstreitigkeiten in die Höhe getriebenen Unsicherheit geschuldet. Im Prognosezeitraum dürfte die Nachfrage nach deutschen Exportgütern unterdurchschnittlich bleiben (Tabelle 1). Der Beschäftigungsaufbau wird sich nur in geringerem Tempo fortsetzen. Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Erwerbspersonen um gut 600 000 gewachsen ist, schwächt sich der Zuwachs in diesem Jahr auf knapp 400 000 ab; in den kommenden beiden Jahren wird er jeweils rund 200 000 Personen betragen. Nicht nur die schwächere wirtschaftliche Entwicklung führt zu geringeren Anstiegen, auch Knappheiten am Arbeitsmarkt stehen einem stärkeren Aufbau entgegen. Die Arbeitslosenquote

¹ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen null und 0,9 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 0,9 Prozent und 1,8 Prozent.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019. Prognose ab dem dritten Quartal 2019.

Kasten 1

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Das **Bruttoinlandsprodukt** dürfte im laufenden dritten Quartal erneut leicht zurückgehen: In der Industrie dürfte die Wertschöpfung erneut sinken, wenngleich nicht so deutlich wie im vorangegangenen Vierteljahr – darauf deuten (zu den hier verwendeten Methoden analoge) Modellschätzungen hin. Aber auch die Stimmung bei den Dienstleistern hat sich zuletzt etwas eingetrübt – ihr Wachstumsbeitrag dürfte geringer ausfallen als zuvor. Die Modellschätzer spannen allerdings ein Intervall um die Null auf; aufgrund der seit längerem einbrechenden Auftragseingänge dürfte die negative Rate unterm Strich leicht negativ ausfallen.

Der **private Konsum** dürfte dagegen spürbar ausgeweitet werden: Die Teuerungsrate ist gering, und die Umsätze im Einzelhandel lagen zuletzt deutlich über dem Niveau des Vorquartals.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2017. DIW Wochenbericht Nr. 24, 467–490 (online verfügbar).

wird in diesem Jahr voraussichtlich bei fünf Prozent liegen und in den kommenden beiden Jahren auf 4,9 beziehungsweise 4,7 Prozent sinken. In diesem Umfeld werden die Löhne weiter kräftig steigen.

Alles in allem legen die Arbeitseinkommen merklich zu und stützen den privaten Verbrauch, der im Prognosezeitraum maßgeblich von einer Fülle finanzpolitischer Maßnahmen gestützt wird; bereits zum Jahresauftakt 2019 hatten der Abbau der kalten Progression und die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge die Nettoentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angehoben und zu einem kräftigen Anstieg des privaten Konsums beigetragen. Weitere spürbare Maßnahmen kommen im Prognosezeitraum hinzu (Kasten 2); insbesondere der teilweise Abbau des Solidaritätszuschlags im Jahr 2021 wird die Einkommen erhöhen. Der

Die **Ausrüstungsinvestitionen** werden im dritten Quartal wohl deutlich sinken: So lagen die Umsätze inländischer Investitionsgüterhersteller zum Quartalsauftakt drei Prozent unter dem Niveau des Vorquartals. Und auch die Bestellungen in diesem Bereich aus dem zweiten Quartal – sie sind um fast fünf Prozent gesunken – deuten auf eine ausgeprägte Schwächephase hin; dies lag allerdings an den Einbrüchen von Februar und März – zuletzt haben sie sich wieder etwas stabilisiert.

Die **Bauinvestitionen** dürften weiter ordentlich zulegen. Die Auftragsbücher sind in allen Bausparten gut gefüllt, die Produktion hat nach dem Rücksetzer im Frühjahr zuletzt wieder angezogen. Die Auslastung der Betriebe ist in den letzten Monaten etwas gesunken, so dass auch wieder Platz für Produktionszuwächse besteht.

Die **Exporte** werden im dritten Quartal wohl nochmals sinken. Darauf deuten diverse Indikatoren aus dem In- und Ausland hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit 2009. Gleiches gilt für das ifo Weltwirtschaftsklima. Die globalen PMI Exportauftragseingänge und das CPB Welthandelsvolumen fallen seit 2018 nahezu ungebremst. Ebenso der Cass Freight Index, der das Volumen transportierter Güter misst und als verlässlicher Frühindikator für die globale Konjunktur gilt. Dem gegenüber stehen die Auftragseingänge aus dem Ausland, die sich über verschiedene Branchen hinweg zuletzt stabilisiert haben.

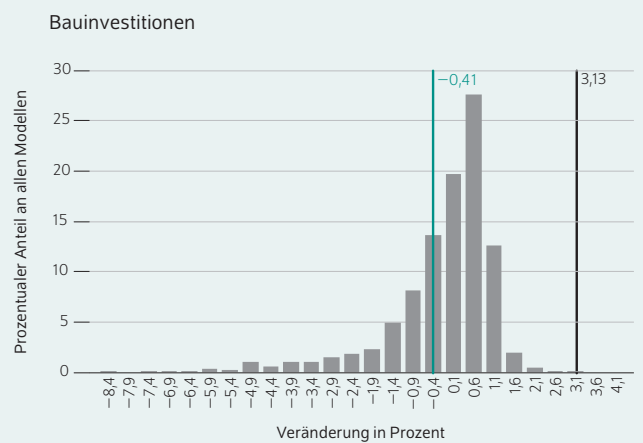
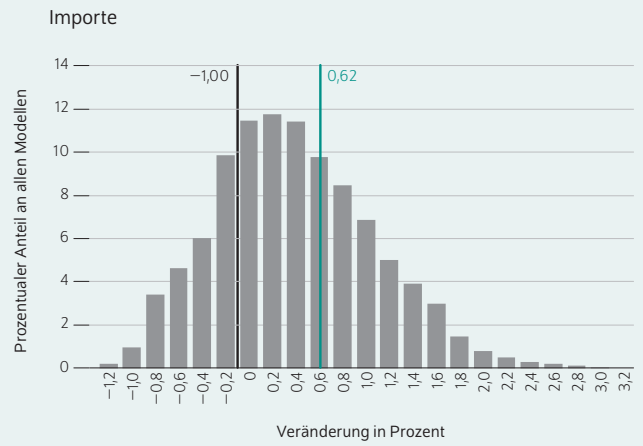
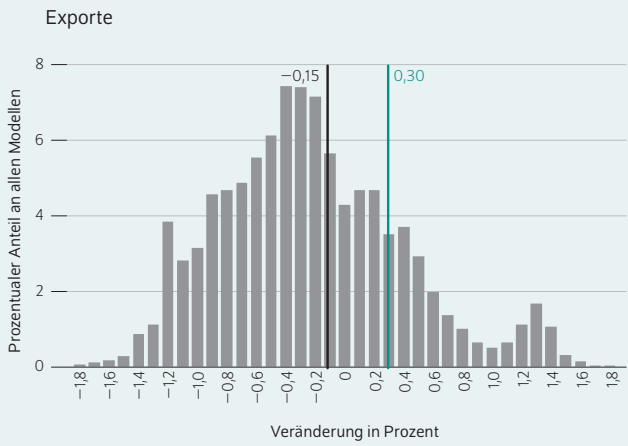
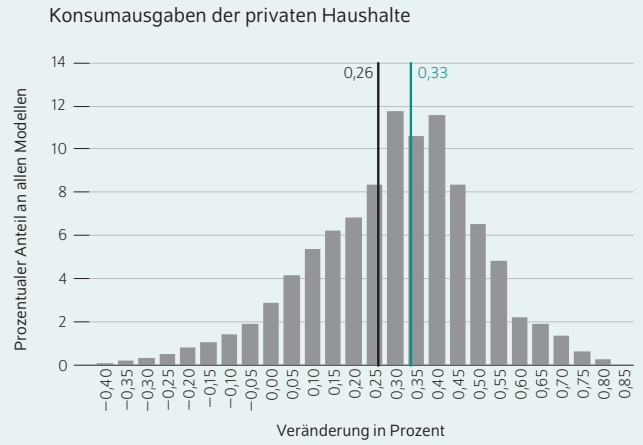
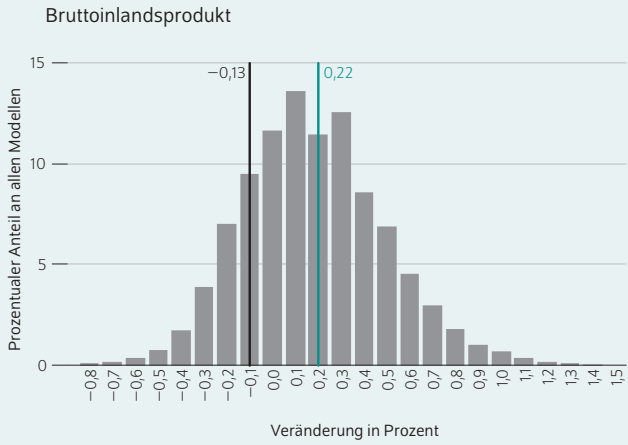
Die **Importe** haben im dritten Quartal kurzzeitig nachgelassen. Dieser Ausbruch nach unten scheint aber nicht Teil eines längerfristigen Trends zu sein. Die Zuwachsraten in den vier Quartalen davor waren allesamt positiv, und auch für den weiteren Verlauf des Jahres prognostiziert das DIW einen weiteren Anstieg. Antreiber ist – ähnlich wie andernorts – der private Konsum. Im Zuge sich etwas erholender Exporte wird dann auch die Importnachfrage nach Vorleistungsgütern wieder anziehen.

zu erwartende höhere Konsum wird merklich zur hiesigen Wirtschaftsleistung beitragen, wenngleich ein guter Teil wohl auch durch Importe gedeckt wird. Auch deswegen fallen die Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren höher aus als in diesem Jahr; sie dürften mit jeweils 1,4 Prozent etwas niedriger als das Potentialwachstum liegen. Aufgrund der zusätzlichen Importe sinkt der Außenbeitrag deutlich, und der immer noch hohe Leistungsbilanzüberschuss schmilzt entsprechend ab: von 7,0 Prozent in diesem Jahr auf 6,3 Prozent im Jahr 2020; im Jahr 2021 dürfte er sogar mit dann 5,7 Prozent unter den Schwellenwert von sechs Prozent sinken (Tabelle 2).

Die privaten Investitionen in Ausrüstungen leiden weiterhin unter der hohen wirtschaftlichen Unsicherheit – und entwickeln sich nicht zuletzt angesichts einer nunmehr geringeren Auslastung der Kapazitäten zunächst verhalten. Zudem wird

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



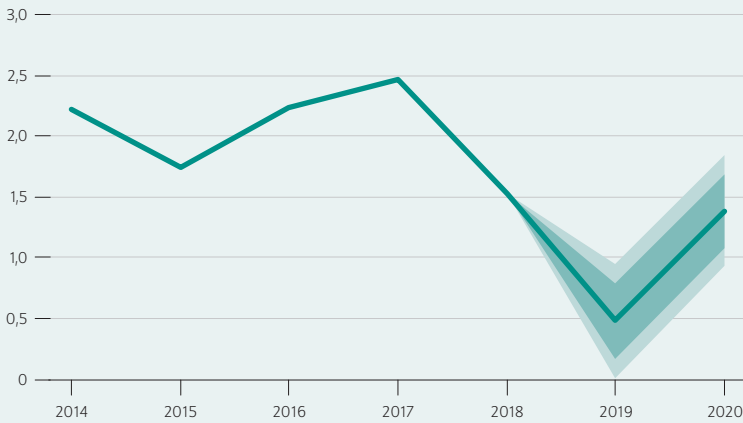
— Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averaging-Ansatzes

— Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

Abbildung 2

Prognoseintervalle für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Prognoseunsicherheit für das Jahr 2019 liegt im Bereich zwischen 0,9 und null Prozent.

Inflation: Moderate Preissteigerungen

Die Inflation in Deutschland bleibt moderat: Im August 2019 stiegen die Verbraucherpreise lediglich um 1,4 Prozent. Zuletzt wirkten die sinkenden Energiepreise dämpfend (Abbildung 4); im dritten Quartal dürfte der Preisauftrieb unterm Strich die Kaufkraft nur wenig belastet haben. Auch im weiteren Prognosezeitraum tragen die Energiepreise kaum zur Teuerung bei, denn annahmegemäß sinken die Ölpreise (Kasten 3). Demgegenüber steht ein leichter Anstieg der Kernrate, der Teuerung ohne Energie und Nahrungsmittel, im Prognosezeitraum. Sie dürfte von 1,4 Prozent in diesem Jahr über 1,7 Prozent im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent im Jahr 2021 zulegen. Da die Löhne weiter spürbar steigen, dürften die Produzenten einen Teil der gestiegenen Kosten an die VerbraucherInnen weitergeben, zumal die kräftigen Konsumanstiege größere Spielräume hierfür eröffnen. Alles in allem dürfte die Inflation in diesem Jahr bei 1,4 Prozent liegen, in den kommenden beiden Jahren bei jeweils 1,6 Prozent. Damit liegt sie selbst in Deutschland unter dem EZB-Inflationsziel von nahe, aber unter zwei Prozent.

Produktion: Industrieflaute belastet

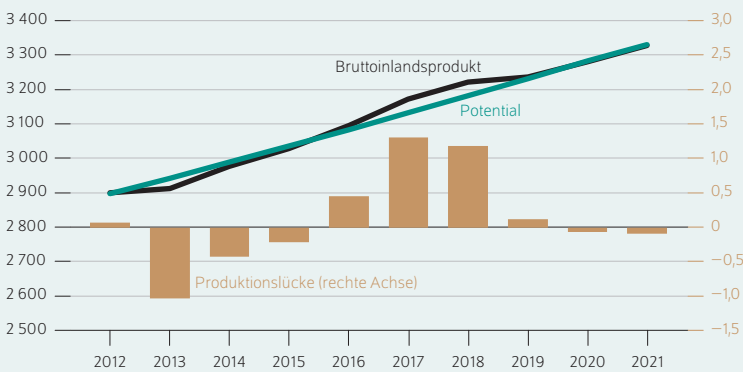
Die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe sinkt bereits seit Jahresbeginn 2018, seit gut einem Jahr sogar deutlich. Auch im laufenden Quartal zeichnet sich ein weiterer Rückgang ab (Tabelle 1). Mit einer – wenn auch verhaltenen – Belegung der weltwirtschaftlichen Nachfrage dürfte auch die industrielle Wertschöpfung ab dem Schlussquartal 2019 wieder etwas ausgeweitet werden. Die Dienstleistungsbereiche tragen dagegen weiter im Prognosezeitraum zum Wachstum bei. Die durch finanzpolitische Maßnahmen erzielten zusätzlichen Einkommen – insbesondere zum Jahresbeginn 2020 und 2021 – dürften vor allem die konsumnahen Dienstleistungsbereiche, teils auch das verarbeitende Gewerbe deutlich anschieben. Davon profitieren vor allem der Handel und das Gastgewerbe. Die Bauwirtschaft setzt indes den deutlichen Aufwärtstrend fort.

Arbeitsmarkt: Deutliche Abschwächung, jedoch keine Alarmsignale

Die Stagnation der Produktion schlug sich im zweiten Quartal 2019 auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. In den meisten Wirtschaftszweigen fiel der Beschäftigungsaufbau deutlich schwächer aus als in den Vorquartalen. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe war nur noch ein Plus von dreitausend Personen zu verzeichnen, aber auch die Neueinstellungen im Handel, Verkehr und Gastgewerbe fielen spürbar schwächer aus. Demgegenüber zeigte sich der Beschäftigungsaufbau im Sektor öffentliche Dienstleistung, Erziehung und Gesundheit robust – was nicht zuletzt einer Sonderkonjunktur etwa im Bereich des Sozialwesens geschuldet sein dürfte.³

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und Potential beziehungsweise Produktionslücke
In Milliarden Euro beziehungsweise Prozent des Potentials



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die deutsche Wirtschaft lastet die Kapazitäten derzeit gut aus.

die Investitionstätigkeit durch sinkende Unternehmensgewinne gedämpft. Bei leicht steigender Auslandsnachfrage und voraussichtlich sinkender Unsicherheit dürften sie im späteren Verlauf jedoch wieder etwas dynamischer ausfallen; hierzu tragen auch staatliche Maßnahmen bei.²

² Marius Clemens, Marius Goerge und Claus Michelsen (2019): Öffentliche Investitionen sind wichtige Voraussetzung für privatwirtschaftliche Aktivität. DIW Wochenbericht Nr. 31, 537–543 (online verfügbar, abgerufen am 06.09.2019). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt).

³ Karl Brenke, Thore Schlaak und Leopold Ringwald (2018): Sozialwesen: ein rasant wachsender Wirtschaftszweig. DIW Wochenbericht Nr. 16, 305–315 (online verfügbar).

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,1	0,3	0,2	0,7	0,4	0,3	0,3	0,7	0,5	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,8	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	-0,1	0,2	0,5	0,9	0,8	0,6	0,6	0,9	0,7	0,5	0,5
Bauten	2,5	-1,0	0,6	0,8	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8	0,8	0,3	0,4
Ausrüstungen	1,4	0,6	-0,9	0,0	0,8	0,6	0,6	0,6	0,9	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	-0,6	1,0	0,9	0,8	1,1	0,9	0,8	0,8	1,1	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	-1,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,5	0,3	0,3	0,7	0,5	0,4	0,4	0,7	0,5	0,4	0,3
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,5	-0,4	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	-0,2	-0,2	-0,1	0,0
Export	1,8	-1,3	-0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Import	0,9	-0,3	0,5	0,8	1,2	0,9	0,6	0,5	1,0	0,8	0,6	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,1	-0,2	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	0,4	-0,3	-0,1	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-1,4	-1,0	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	1,1	-0,5	0,5	0,8	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,3	-0,6	0,5	0,2	0,7	0,5	0,4	0,4	1,0	0,6	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,7	0,0	-0,2	0,0	0,7	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019. Prognose ab dem dritten Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,2	2,5	1,5	0,5	1,4	1,4
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	43.655	44.248	44.854	45.244	45.428	45.635
Erwerbslose, ILO	1.775	1.621	1.469	1.359	1.313	1.206
Arbeitslose, BA	2.691	2.533	2.340	2.271	2.269	2.165
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,1	3,8	3,4	3,1	3,0	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,1	5,7	5,2	5,0	4,9	4,7
Verbraucherpreise ³	0,5	1,5	1,8	1,4	1,6	1,6
Lohnstückkosten ⁴	1,2	1,2	2,5	3,5	1,7	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	37,1	40,3	62,4	47,9	33,3	9,6
in Prozent des BIP	1,2	1,2	1,9	1,4	0,9	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,5	8,1	7,3	7,0	6,3	5,7

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

³ Verbraucherpreisindex.

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2019. Prognose ab 2019.

© DIW Berlin 2019

Auch im laufenden Quartal deuten die Indikatoren vorerst nicht auf einen stärkeren Anstieg der Beschäftigung hin. Im Wirtschaftszweig der Arbeitnehmerüberlassung – diese Branche wird aufgrund ihrer hohen Konjunkturresilienz oftmals als Vorlaufindikator herangezogen – sinkt die

Beschäftigung. Auch die Kurzarbeit steigt zwar derzeit an, liegt aber immer noch nahe den historischen Tiefständen (Abbildung 5). Gleichzeitig ist jedoch auch kein drastischer Rückgang der Beschäftigung zu erwarten. Dafür spricht zum einen der leichte Anstieg der Erwerbstätigkeit im Juli. Zum

Kasten 2

Makroökonomische Effekte der finanzpolitischen Maßnahmen der großen Koalition

Der Sommer 2019 markiert die Halbzeit der Legislaturperiode. Zu diesem Zeitpunkt wurde eine Vielzahl der versprochenen Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag der großen Koalition bereits beschlossen oder wird aktuell umgesetzt.¹ Hier sollen die bisherigen und zukünftigen makroökonomischen Effekte dieser Maßnahmen quantifiziert werden.²

Dazu wurde im ersten Schritt der Mittelabfluss einzelner Maßnahmen auf Basis der Gesetze und Gesetzesentwürfe quantifiziert. Im zweiten Schritt werden die Maßnahmen dann einzelnen VGR-Komponenten (Steuern, Transfers, öffentliche Investitionen und Staatskonsum) zugeteilt (Tabelle 1).³ Die gestiegenen Transferzahlungen entsprechen einem zusätzlichen Impuls von kumuliert bis 2021 rund zehn Milliarden Euro. Größte Posten sind hier die Mütterrente mit 3,8 Milliarden Euro (Mitte 2019) sowie die zweimalige Kindergelderhöhung in Höhe von insgesamt gut vier Milliarden Euro (Mitte 2019 und Anfang 2021). Auch bei Steuern und Sozialbeiträgen hat die große Koalition in der ersten Hälfte ihrer Legislaturperiode die privaten Haushalte stark entlastet beziehungsweise Maßnahmen beschlossen, um es zu tun. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung zu Beginn des Jahres 2019 sorgt zwar für eine deutliche Entlastung bei ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen in Höhe von knapp sieben Milliarden Euro, hat aber gleichzeitig – wenn auch in etwas geringerem Maße – die Arbeitgeber belastet. Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression zu Beginn der Jahre 2019 und 2020 in Höhe von insgesamt gut sieben Milliarden Euro, die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum Beginn des Jahres 2021 für die meisten Haushalte sowie einige kleinere Maßnahmen dürften die privaten Haushalte

1 Vgl. Robert Vehrkamp und Theres Matthieß (2019): Besser als ihr Ruf – Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018. WZB und Bertelsmann Stiftung, Demokratieonitor (online verfügbar, abgerufen am 6. September 2019). Demnach wurden zum August 2019 über 60 Prozent der Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bereits vollständig oder teilweise eingelöst. Zum Vergleich: Die vorherige große Koalition (2013–2017) hatte zu Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode lediglich 49 Prozent ihrer Versprechen umgesetzt.

2 Siehe auch Ferdinand Fichtner et al. (2018): Politik schiebt florierende deutsche Konjunktur zusätzlich an: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2018. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar, abgerufen am 6. September 2019) für die Berechnung des Effekts im Jahr 2019 und Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018): Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2018 (online verfügbar) für die Berechnung der makroökonomischen Effekte mit Hilfe der Institutsmodelle. Die aktuelle Berechnung ergänzt diese früheren Schätzungen um aktualisierte Mittelabflusspläne aus den Gesetzen und Gesetzesentwürfen für die einzelnen Jahre und Halbjahre, aktualisierte Datenreihen und Annahmen aus der Prognose (Geldpolitik, Wechselkurs und weltwirtschaftliche Nachfrage).

3 Die Jahreswerte wurden zudem auf Quartale umgelegt. Bei klar definierten Zeitangaben, wie bspw. im Fall der Mütterrente zum 1. Juli 2019, wurden die Impulse in das jeweilige Quartal verbucht. Bei nicht definierten Zeitangaben wurden die Jahreswerte gleichmäßig über die Quartale verteilt.

anderen befindet sich der Jobindex (BAX) der Bundesagentur für Arbeit, der offene Stellen anzeigt, weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, wenn er auch aktuell rückläufig ist.

Insgesamt dürfte der Anstieg der Erwerbstätigen in diesem Quartal bei rund 37000 Personen liegen. Im weiteren Prognoseverlauf wird der Beschäftigungsaufbau wieder – entsprechend dem dann anziehenden Produktionswachstum – leicht an Tempo gewinnen und dann bei etwa

Tabelle 1

Effekte finanzpolitischer Maßnahmen
In Milliarden Euro

Maßnahmen der großen Koalition	Volumen in Milliarden EUR		
	2019	2020	2021
Transfers	5,5	2,3	2,4
Mütterrente (1. Juli 2019)	3,8	0,0	0,0
Kindergelderhöhung	1,1	0,8	2,2
sonstige (Baukindergeld, Kinderzuschlag, BAFOEG, ...)	0,6	1,5	0,2
Steuern und Sozialbeiträge	5,7	4,6	10,9
Abschaffung des Soli	0,0	0,0	9,8
Abbau kalte Progression	3,0	4,2	0,6
Paritätische Finanzierung der SB			
Lohnsteuerabzug	6,9	0,0	0,0
Gewinnrückgang	-4,6	0,0	0,0
sonstige (Senkung ALV-Beitragssatz, Zusatzbeitrag GKV, ...)	0,4	0,4	0,5
Öfftl. Investitionen	1,6	2,1	2,1
Breitbandausbau + Digitalpakt Schule	0,4	1,0	1,2
Staatskonsum	2,2	0,9	1,1
Insgesamt	15,0	9,9	16,5
kumuliert	15,0	24,9	41,4

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

bis 2021 um insgesamt knapp 26 Milliarden Euro entlasten.⁴ Bei den öffentlichen Investitionen ist bis in das Jahr 2021 insgesamt mit einem zusätzlichen Impuls von 8,4 Milliarden Euro zu rechnen.⁵ Für sonstige Maßnahmen werden insgesamt 2,7 Milliarden Euro veranschlagt, hier werden Ausgaben unter anderem in Verteidigung und Sicherheit berücksichtigt.

Im dritten Schritt werden die Zeitpfade der einzelnen Komponenten im makroökonomischen Modell des DIW Berlin integriert.⁶ Das geschätzte Modell wird anschließend mit und ohne die

4 Die zusätzliche Steuerbelastung der Unternehmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro im Zuge der paritätischen Finanzierung wird im Modell gesondert bei den unternehmerischen Gewinnen berücksichtigt.

5 Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung werden der Breitbandausbau, der Digitalpakt Schule und die KI-Strategie 2020 bis 2023 mit insgesamt 14 Milliarden Euro zusätzlich gefördert. Dazu kommen Investitionen in den Netzausbau der Deutschen Bahn in Höhe von rund 35 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre.

6 Hanne Albig et al. (2017): Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst. DIW Wochenbericht Nr. 10, 159–168 (online verfügbar).

bei 50000 Personen pro Quartal liegen (Abbildung 6). Die konjunkturellen Impulse durch die finanzpolitischen Maßnahmen (Kasten 2) dürften durch eine kurzfristige Ausweitung der Arbeitszeit, weniger durch Neueinstellungen, aufgefangen werden.

Erstmals seit Ende des Jahres 2013 stieg die Arbeitslosigkeit im zweiten Vierteljahr an, um 20000 Personen. Ursächlich war dabei in erster Linie ein Sondereffekt: Eine Überprüfung

finanzpolitischen Maßnahmen simuliert. Die Differenzen beim Wachstum, die sich aus beiden Simulationen ergeben, werden in der Prognose auf die einzelnen volkswirtschaftlichen Aggregate umgelegt. Da die Maßnahmen größtenteils die Einkommen der privaten Haushalte anschieben, dürften sie insbesondere deren Konsum ankurbeln – und zwar jeweils zum (Halb-)jahresauftakt, wenn die Maßnahmen umgesetzt werden (Abbildung). Teils wird das zusätzliche Einkommen wohl auch gespart, groß dürfte dieser Effekt aber nicht sein – denn die Maßnahmen sind auf Dauer angelegt – sondern lediglich dazu dienen, die Einkommensspitzen über die Zeit zu strecken. Ein guter Teil des Mehrkonsums dürfte aber auch durch Importe abgedeckt werden. Zudem werden höhere Mittel wohl auch investiert werden – etwa in den Neubau. Eine langfristig höhere Konsumnachfrage wird schließlich auch in geringem Umfang Kapazitätsanpassungen in konsumnahen Bereichen anregen. Unter dem Strich münden die Finanzimpulse in jedem Jahr insbesondere in höherem Konsum, aufgrund ebenfalls ausgeweiteter Importe bleibt die Wirkung auf die heimische Produktion etwas geringer (Tabelle 2).

Insgesamt erhöhen die Maßnahmen der großen Koalition das BIP pro Jahr um durchschnittlich knapp 0,3 Prozentpunkte. Der über alle Maßnahmen und alle Jahre kumulierte Multiplikatoreffekt beträgt 1,2 Euro pro ausgegebenem Euro. Grundsätzlich wirken Veränderungen bei Transfers, Steuern, öffentlichen Investitionen und Staatskonsum unterschiedlich stark. So hat beispielsweise eine Erhöhung der sonstigen Maßnahmen etwas geringere Effekte als ein Anstieg der Investitionen.⁷ Die Wirkung von dauerhaften Ausgabenerhöhungen ist außerdem höher als die Wirkung temporärer Maßnahmen, denn die Menschen sind eher geneigt, ein dauerhaft zusätzliches Einkommen auszugeben als ein einmaliges „Geschenk“.⁸

⁷ Dies liegt daran, dass im Posten „sonstige Ausgaben“ Maßnahmen enthalten sind, die auch historisch niedrige Effekte hatten, zum Beispiel im Bereich Verteidigung. Siehe auch Alan J. Auerbach und Yuriy Gorodnichenko (2012): Measuring the Output Responses to Fiscal Policy. American Economic Journal: Economic Policy, Vol. 4, No 2.

⁸ Siehe Burkhard Heer und Alfred Mausner (2019): Public Economics – The Macroeconomic Perspective. Springer Verlag. Darüber hinaus fallen über den Projektionszeitraum weitere Sonderfaktoren an, die im Modell eher zu einer leichten Unterschätzung des Multiplikatoreffekts führen dürften. So wird davon ausgegangen, dass die niedrigen Zinsen bis 2021 anhalten, wodurch der Crowding-out-Effekt für zinsreagible Ausgaben (Investitionen, langfristige Staatskonsum) entfällt. Siehe Wataru Miyamoto, Thuy Lan Nguyen, and Dmitriy Sergeyev (2018): Government Spending Multipliers under the Zero Lower Bound: Evidence from Japan. American Economic Journal: Macroeconomics, 10 (3): 247–77. Der aktuelle konjunkturelle Zustand der Normalauslastung dürfte hingegen keinen gesonderten Einfluss haben. Siehe Alan J.

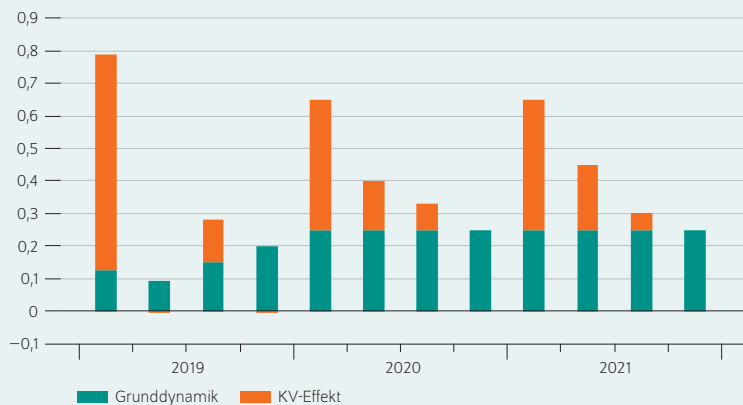
des Vermittlungsstatus‘ bei Hartz-IV-BezieherInnen ergab, dass die Zahl von Arbeitslosen bislang unterschätzt wurde. Notwendige Korrekturen der Statistik wurden im Mai durchgeführt und resultierten in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund 60 000 Personen.

Im laufenden Quartal dürfte die Arbeitslosigkeit zwar weiterhin leicht zulegen, jedoch deutlich unter dem vom Sonder-effekt verzerrten Vorquartalswert liegen. Durchschnittlich

Abbildung

Effekt der Maßnahmen auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs

Änderung gegenüber Vorquartal in Prozent (preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die Maßnahmen schieben den Konsum merklich an.

Tabelle 2

Effekt der Maßnahmen auf die Verwendungsaggregate
In Milliarden Euro und Prozentpunkten

	Milliarden EUR			Prozentpunkte gegenüber Baseline		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt	9,8	8,5	8,6	0,3	0,2	0,3
Privater Verbrauch	12,3	10,7	11,6	0,8	0,7	1,0
Investitionen	2,8	3,1	3,5	0,5	0,5	0,6
Importe	7,0	8,3	11,4	0,6	0,7	0,8

Quelle: Eigene Berechnungen.

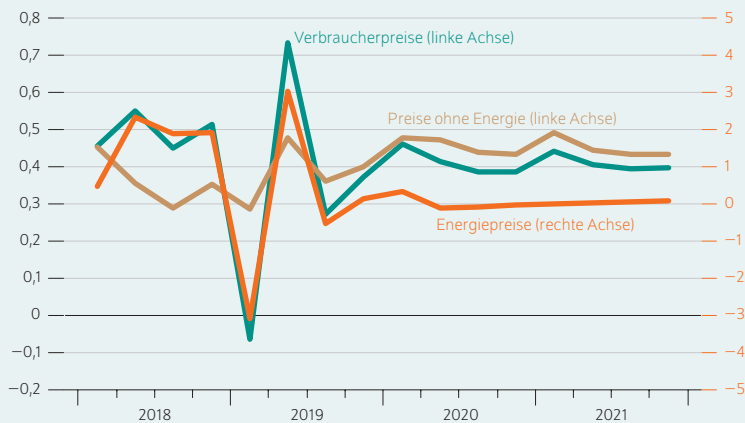
© DIW Berlin 2019

Auerbach & Yuriy Gorodnichenko (2012): Fiscal Multipliers in Recession and Expansion. NBER Chapters, in: Fiscal Policy after the Financial Crisis, 63–98.

dürfte im Juli und August die Zahl der Arbeitslosen um jeweils 2000 Personen zugelegt haben. Angestiegen ist vor allem die Zahl der Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I, während die Zahl der BezieherInnen von Hartz IV rückläufig war. Auch im kommenden Quartal dürfte die Arbeitslosigkeit weiter leicht zulegen, darauf deutet etwa die Arbeitslosigkeitskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarometers hin. Erst danach dürfte sie wieder etwas zurückgehen, wenn mit einem höheren

Abbildung 4

Verbraucherpreise: Gesamt, Energie und Gesamt ohne Energie
Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal, in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Preise ohne Energie steigen allmählich.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2017	2018	2019	2020	2021
Erwerbstätige im Inland	44,25	44,85	45,24	45,43	45,63
Selbständige und mithelfende Familienangehörige sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4,31	4,22	4,17	4,13	4,10
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,84	1,84	1,84	1,84	1,84
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,74	4,67	4,59	4,53	4,47
Sonstige	1,09	1,12	1,13	1,13	1,15
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,12	-0,14	-0,15	-0,15	-0,15
Erwerbstätige Inländer	44,13	44,71	45,09	45,28	45,48
Erwerbslose	1,62	1,47	1,36	1,31	1,21
Erwerbspersonen	45,75	46,18	46,45	46,59	46,69
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,53	2,34	2,27	2,27	2,16
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	5,7	5,2	5,0	4,9	4,7
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	7,3	6,6	6,3	6,3	6,0
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	3,5	3,2	2,9	2,8	2,6
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	3,8	3,4	3,1	3,0	2,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	41,5	41,7	42,3	42,5	42,7

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Produktionswachstum auch die Nachfrage nach Arbeit wieder leicht steigt. Insbesondere im Jahr 2021 dürfte die Arbeitslosigkeit wieder stärker sinken, da dann der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials deutlich geringer ausfällt als der Zuwachs von Erwerbstätigen.

Insgesamt sind in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich jeweils rund 2,3 Millionen Personen arbeitslos, im Jahr 2021 werden es voraussichtlich 2,1 Millionen Menschen sein (Tabelle 3). Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent im laufenden, 4,9 Prozent im kommenden Jahr und 4,7 Prozent im Jahr 2021.⁴

Die Bruttolöhne dürften im laufenden Jahr um rund drei Prozent steigen und damit etwas weniger zulegen als im Vorjahr (Tabelle 4). Die Tariflöhne (einschließlich Sonderzahlungen)⁵ steigen mit 3,2 Prozent sogar etwas kräftiger. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt der Einführung des tariflichen Zusatzgelds in der metallverarbeitenden Industrie geschuldet. Im kommenden Jahr bleibt die Lohnentwicklung in etwa stabil: Zwar befinden sich ArbeitnehmerInnen bei nach wie vor knappem Arbeitsangebot und hoher Beschäftigung weiterhin in einer guten Verhandlungsposition, jedoch dürfte die schwächere konjunkturelle Entwicklung dämpfend wirken. Überdies werden die Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen darauf verweisen, dass die Umstellung bei der Finanzierung der Krankenversicherung zugunsten der abhängig Beschäftigten zu höheren Lohnkosten geführt hat.

In realer Rechnung – abzüglich der Inflationsrate – dürften die Zuwächse der Bruttomonatslöhne im laufenden Jahr bei rund 1,6 Prozent liegen und im Prognosezeitraum etwas nachgeben. Damit werden sie wohl – insbesondere im Jahr 2019 – deutlicher zulegen als die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Konsum: Finanzpolitik stimuliert

Die derzeitige konjunkturelle Abschwächung trübt die Stimmung der VerbraucherInnen und dämpft vorübergehend deren Ausgaben. Nach wie vor profitieren die privaten Konsumausgaben aber weiter von der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt – wenngleich auch dies nicht mehr in dem Maße wie in den vergangenen Jahren. Unter dem Strich fällt das Plus bei der Lohnsumme mit 3,3 Prozent in den beiden kommenden Jahren – nicht mehr ganz so kräftig aus. Netto steigt die Lohnsumme in allen Jahren des Prognosezeitraums allerdings stärker als brutto, weil die finanzpolitischen Maßnahmen die Abgaben reduzieren: So hat zum Jahresauftakt 2019 die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge die Sozialbeiträge der ArbeitnehmerInnen spürbar gesenkt, hinzu kamen Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression. Auch für das kommende Jahr sind entsprechende Maßnahmen wie die teilweise Streichung des Solidaritätszuschlags geplant.

⁴ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt dieses Jahr zwischen 4,9 Prozent und 5,0 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,8 Prozent und 5,1 Prozent.

⁵ Für die Jahre 2020 und 2021 liegen bereits für rund 73 beziehungsweise 24 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifvereinbarungen vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent. Im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres ist dieser Anteil mit 92 Prozent bereits jetzt außergewöhnlich hoch.

Abbildung 5

Kurzarbeit

In Tausend Personen, nur § 96 Rechtskreis SGB III

ab 2006



Quellen: Deutsche Bundesbank, Berechnungen des DIW Berlin.

ab 2013



© DIW Berlin 2019

Die Kurzarbeit stieg in den letzten Monaten zwar an, befindet sich aber weiterhin nahe ihrer historischen Tiefstände.

Aber auch steigende Sozialleistungen, etwa durch die Ausweitung der Mütterrente zur Mitte dieses Jahres, erhöhen die Einkommen. In der Summe steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,8 Prozent in diesem Jahr, um 3,6 Prozent im Jahr 2020 und um 3,3 Prozent im Jahr 2021. Ein guter Teil der Steuerentlastungen und der zusätzlichen Transferleistungen dürfte zwar gespart werden; ein großer Effekt auf die Sparquote dürfte sich aber nicht einstellen, da die Maßnahmen auf Dauer angelegt sind. Bei weiter verhaltener Teuerung von Waren und Dienstleistungen ergeben sich somit spürbare Realeinkommenszuwächse, die den privaten Konsum ankurbeln. In diesem Jahr dürfte er zwar nur um 1,4 Prozent steigen, was aber vor allem an vorübergehenden Ölpreisanstiegen lag, die die Kaufkraft im zweiten Quartal deutlich belastet haben. In den kommenden beiden Jahren fallen die Zuwächse beim privaten Verbrauch mit 1,7 Prozent überdurchschnittlich hoch aus.

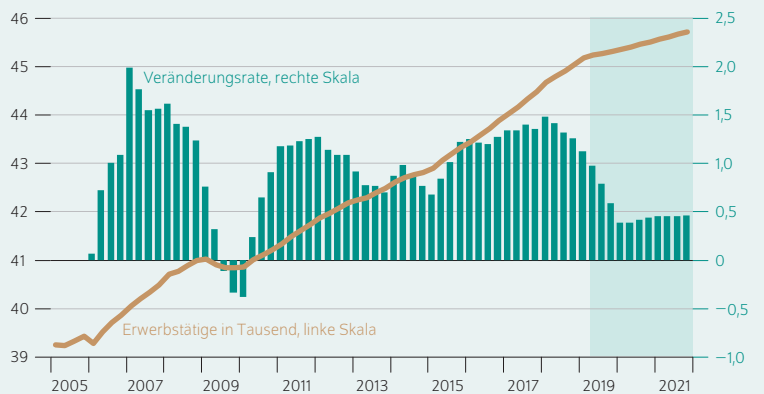
Ausrüstungsinvestitionen: Deutliche Schwächesignale

Die Investitionen der privaten Unternehmen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge entwickelten sich bis zum Frühjahr trotz der deutlichen konjunkturellen Abkühlung in der Industrie weiter robust. Im zweiten Quartal brachen sie aber erheblich ein. Nur dank eines kräftigen Investitionsschubs des Staats – eine Ausweitung von rund 45 Prozent gegenüber dem Vorquartal – stiegen die gesamten Ausrüstungsinvestitionen noch mit rund 0,6 Prozent weiter an. Die Nachfrageschwäche des Auslands und politische Unwägbarkeiten drücken auf die Zuversicht der Unternehmen hierzulande und damit auf deren Investitionsbereitschaft.

Abbildung 6

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

Trotz nachlassender Zuwächse ist die Erwerbstätigkeit weiterhin aufwärtsgerichtet.

Diese dürfte sich auf kurze Sicht – trotz der anhaltend günstigen externen Finanzierungsbedingungen – kaum merklich erholen. Derzeit sinken im Zuge der konjunkturellen Flaute bei nach wie vor kräftigen Lohnanstiegen die Gewinne, was die Innenfinanzierung der Unternehmen schwächt. Die Unternehmensstimmung und vor allem die Exporterwartungen trüben sich immer weiter ein. Auch die Bestellungen neuer Ausrüstungen aus dem Inland gehen im laufenden Jahr deutlich zurück. Dies ist auch auf die erheblich

Kasten 3

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die Geldpolitik der EZB bleibt expansiv ausgerichtet, die Kapitalmarktzinsen in Deutschland bleiben negativ. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; Stichtag ist der 23. August – für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,12 US-Dollar je Euro für dieses Jahr und von 1,11 für die beiden kommenden

Jahre. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen; im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise in Euro gerechnet gemäß dieser Annahme in diesem und im kommenden Jahr jeweils um etwa sieben Prozent niedriger, im Jahr 2021 um gut zwei Prozent. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen in den Jahren 2019 und 2020 jeweils um über drei Prozent zu; der Anstieg schwächt sich im Jahr 2021 etwas, auf dann 2,6 Prozent, ab.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2019	2020	2021
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,4	-0,4	-0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	0,4	0,1	0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	-0,3	-0,5	-0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,12	1,11	1,11
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	3,2	3,1	2,6
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	63,4	58,0	56,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	56,6	52,3	51,2

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Im Jahr 2019 ergibt sich ein fiskalischer Impuls von gut 24 Milliarden Euro, insbesondere durch die Umsetzung vieler im Koalitionsvertrag vereinbarter Maßnahmen. Im nächsten Jahr wird der Expansionsgrad dann etwas abnehmen, aber mit gut 16 Milliarden Euro noch hoch sein, die sich vor allem aus Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression, höheren Grund- und Kinderfreibeträgen, dem Alterseinkünftegesetz und wohl auch einer erhöhten Investitionstätigkeit zusammensetzen. Im Jahr 2021 ergibt sich insgesamt ein Impuls von 20 Milliarden Euro, der zur Hälfte allein schon auf die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags zurückzuführen ist. Zudem wird auch das Kindergeld erneut angehoben. Der finanzpolitische Impuls liegt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr bei 0,7 Prozentpunkten. Für die Jahre 2020 und 2021 werden weitere expansive Impulse in Höhe von 0,5 Prozentpunkten des nominalen Bruttoinlandsprodukts erwartet.

gestiegene politische Unsicherheit zurückzuführen, die sich annahmegemäß erst allmählich reduziert. Hinzu kommt, dass die Auslastung der Produktionskapazitäten spürbar zurückgeht und nunmehr in etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Impulse sind in den kommenden Jahren hingegen von der Finanzpolitik zu erwarten, die in den Jahren 2020 und 2021 auch die private Investitionstätigkeit anschieben dürfte (Kasten 3).⁶

Bauinvestitionen: Weiterhin gute Geschäfte

Die Baukonjunktur in Deutschland floriert weiter. Vor allem für den Wohnungsbau ist im Prognosezeitraum weiterhin mit einem ungebrochenen Aufwärtstrend zu rechnen – im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau bleiben die Zuwächse etwas hinter denen der Vorjahre zurück.

Nach wie vor sind die Bedingungen für Wohnungsbauinvestitionen attraktiv: Die Haushalte profitieren weiter von der günstigen Einkommensentwicklung der vergangenen Jahre und dem hohen Beschäftigungsstand. Zudem gibt es neben dem Baukindergeld erhebliche weitere finanzpolitische Impulse, die nicht nur das Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch direkt die Wohnungsbautätigkeit,

zumindest die Modernisierung, anregen dürften. Ohnehin günstig sind die Zinsen für Wohnungsbaukredite. Diese haben zu Jahresmitte ein neues Rekordtief erreicht, vereinzelt werden sogar Kredite mit negativen Zinsen angeboten. Ein großer Teil der zusätzlichen Nachfrage dürfte allerdings zu höheren Preisen führen und weniger in eine real steigende Nachfrage münden. Dies zeigen die Baugenehmigungen, nach denen der Neubauboom allmählich ein Ende finden wird. Während die Zahl genehmigter Wohnungen bereits seit Mitte des Jahres 2016 stagniert, steigen die veranschlagten Baukosten bei neu gestellten Genehmigungen kontinuierlich. In diesem Jahr werden die Wohnungsbauinvestitionen voraussichtlich um 4,0 Prozent zulegen. In den beiden kommenden Jahren um 4,0 beziehungsweise 3,1 Prozent (Tabelle 5).

Der Wirtschaftsbau dürfte unter der konjunkturellen Abkühlung leiden. Gerade die auf den Export spezialisierten Unternehmen dürften trotz niedriger Zinsen ihre Bauinvestitionen zurückstellen und die weitere konjunkturelle Entwicklung abwarten. Die Dienstleister mit ihren Büro- und Verwaltungsgebäuden hingegen dürften die Baukonjunktur anschieben, was sich in der steigenden Zahl von Neubaugenehmigungen zeigt. Der Trend der Neuaufträge im gewerblichen Tiefbau zeigt ebenso klar aufwärts. Dies dürfte auch den zusätzlichen Mitteln für die Deutsche Bahn und dem

⁶ Clemens, Goerge und Michelsen (2019), a. a. O.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2018

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Alterseinkünftegesetz	-1,4	-2,8	-4,3
Erhöhung des Kindergelds 2019 und 2021	-1,1	-1,9	-3,8
sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-1,6	-1,5	-1,5
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009	0,1	0,0	0,0
Erhöhung des Grundfreibetrags 2019 und 2020	-1,2	-3,2	-3,5
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020	0,0	-0,3	-0,7
Tarifverschiebung 2019 und 2020	-1,8	-3,9	-4,3
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben			-1,1
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus			-0,1
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	-0,6	-0,8	-0,8
Kfz-Steuer: Abgaswerteneuberechnung	0,1	0,2	0,2
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,8	1,9	1,9
Rückführung Fluchthilfemaßnahmen	0,2	0,3	0,3
Teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags			-9,8
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus			-0,1
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,2	7,4	7,4
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019	-5,9	-6,1	-6,1
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Januar 2019	-0,2	-0,4	-0,4
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-0,8	-0,8	-0,8
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages der GKV um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2019	-0,9	-1,0	-1,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung		-0,3	0,0
Angehörigentlastungsgesetz	0,0	-0,3	0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	-0,9	-0,9	-0,9
Beihilfen aufgrund von Ernteausfällen von Bund und Ländern		0,2	0,2
Baukindergeld	-0,3	-0,7	-1,0
Starke-Familien-Gesetz	-0,2	-0,9	-0,8
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Prozent/Monat ab dem 1. Juli 2019	-1,1	-1,9	-1,9
Erhöhung des Wohngeldes ab 1. Januar 2020	0,0	-0,2	-0,3
Aufstockung des BAFöG	-0,2	-0,6	-0,8
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	0,0	-0,1	-0,3
Teilhabechancengesetz	-0,6	-0,7	-0,8
Familiengeld in Bayern	-0,5	-0,5	-0,5
Verteidigung	-3,0	-3,7	-4,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	-1,0	-1,3	-1,4
Mehrpersoneleinnahme	-0,3	-0,6	-0,9
Gute-KiTa-Gesetz	-0,5	-1,0	-2,0
Regionale Strukturpolitik	-0,1	-0,3	-0,5
Zusätzliche investive Ausgaben ⁴	-1,8	-4,0	-6,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung ⁵	-0,8	-1,0	-1,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der ALV	-0,1	0,0	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-1,0	-1,3
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	-0,1	-0,3	-0,4
Mütterrente II	-3,8	-3,9	-3,9
Pflegepersonalstärkungsgesetz	-0,5	-1,4	-2,0
Parität beim Zusatzbeitrag GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	-1,4	-1,4	-1,4
Insgesamt	-22,7	-38,7	-59,1
Insgesamt pro Jahr	-22,7	-15,9	-20,5
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,7	-0,5	-0,6

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr

3 Steuerrechtsänderungen, u.a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassung, Neuregelung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Betriebsrentenstärkungsgesetz

4 Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt Schule, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Kommunalinvestitionsförderungsfonds, KI-Strategie, Ausbau DB-Netz, Programm Innovation & Strukturwandel

5 Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung, Arzneimittel-Versorgungsstärkungsgesetz (AMVSG), Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV), Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Termin- und Versorgungsgesetz

Quelle: Bundesregierung; DIW Herbstgrundlinien 2019.

Tabelle 4

Lohnentwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019	2020	2021
Verdienst					
je ArbeitnehmerIn	2,6	3,2	3,0	2,8	2,7
je Stunde	2,6	3,0	3,1	2,2	2,6
Lohn drift					
Monat	-0,3	0,5	0,3	0,2	0,3
Stunde	-0,3	0,4	0,4	-0,4	0,2
Tariflohn (ohne Sonderzahlungen)					
je Monat	2,9	2,6	2,7	2,6	2,4
je Stunde	2,9	2,6	2,7	2,4	2,4
durchschnittliche Arbeitszeit	0,1	0,1	-0,1	0,6	0,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2018	2017	2018	2019	2020	2021
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61,0	0,6	3,0	4,0	4,0	3,1
Nichtwohnungsbau	39,0	0,9	1,7	3,6	2,2	1,9
Gewerblicher Bau	27,0	1,1	0,6	4,8	2,6	1,5
Öffentlicher Bau	12,01	0,6	4,3	0,7	1,4	2,6
Bauinvestitionen	100,0	0,7	2,5	3,9	3,3	2,6
Ausrüstungen		4,0	4,4	1,8	2,6	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Breitbandausbau geschuldet sein. Unter dem Strich dürfte der gewerbliche Nichtwohnungsbau aufgrund des starken Jahresbeginns 2019 um 4,8 Prozent, im nächsten Jahr um 2,6 Prozent und im Jahr 2021 um 1,5 Prozent expandieren.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen sind es die Kommunen, deren Investitionsbereitschaft und Möglichkeiten angesichts der Überschüsse in den Kassen immer weiter steigen. Darüber hinaus hat der Bund Gelder für die Sanierung der Schulinfrastruktur bereitgestellt. Die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds sind unterdessen weitestgehend verplant und werden voraussichtlich in den kommenden beiden Jahren sukzessive abgerufen werden. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften in diesem Jahr um 0,7 Prozent zulegen, im kommenden um 1,4 Prozent und im Jahr 2021 um 2,6 Prozent.

Die Preisdynamik bleibt in allen Bereichen hoch, vor allem bei den mit öffentlichen Mitteln finanzierten Bauvorhaben. Dies spiegelt die hohe Auslastung, aber auch die gestiegenen Kosten des Faktors Arbeit wider. Die kräftigen Lohnabschlüsse übersteigen weiterhin die Produktivitätszuwächse. Für dieses Jahr kann mit Preissteigerungen um 4,5 Prozent

und für die kommenden beiden Jahre in der Größenordnung von gut 3,5 Prozent gerechnet werden.

Außenhandel: Export leidet unter globaler Nachfrageschwäche

Das erste Halbjahr verlief für die Exporte durchwachsen. Zwar konnten die Ausfuhren im ersten Quartal noch recht kräftig zulegen. Da sie aber im zweiten Halbjahr 2018 bereits geschwächt hatten, ist dieser Zuwachs eher als Aufholeffekt zu betrachten. Im zweiten Quartal 2019 schlug die Abkühlung des Welthandels wieder voll durch und bescherte den deutschen Exporten ein Minus von 1,3 Prozent. Sie sind damit kalender- und saisonbereinigt auf das Niveau des Vorjahresquartals zurückgefallen. Dass der deutsche Außenhandel so empfindlich auf die globale Nachfrageschwäche reagiert, liegt an der sich verändernden Zusammensetzung der Nachfrage: Im zweiten Quartal sank insbesondere die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern sowie von Maschinen und elektronischen Erzeugnissen – Gütergruppen, die traditionell einen großen Anteil an den deutschen Ausfuhren haben. Dagegen stieg die Nachfrage nach Konsumgütern, die einen zunehmenden Anteil am Welthandel, aber nur einen kleineren Teil des deutschen Exportgeschäfts ausmachen. Diese Entwicklung dürfte nicht zuletzt Folge des weiter eskalierenden Handelsstreits zwischen den USA und China und des bevorstehenden Brexits sein, die eine sich ohnehin vollziehende Abkühlung der Weltkonjunktur verstärken.

Zwar sind die direkten Auswirkungen dieser Konflikte bisher als eher gering einzustufen: Vom Handelsstreit ist Deutschland noch nicht direkt betroffen, und Vorzieheffekte angesichts des nahenden Brexits haben die deutschen Exporte im ersten Quartal sogar beleben können. Hingegen dürften die indirekten Effekte, in Form von gestiegener Unsicherheit und Investitionszurückhaltung, einen größeren Anteil an der derzeitigen Schwächephase haben. Allerdings sollten diese politischen Konflikte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Welthandel insgesamt und vielerorts die Industrieproduktion abschwächen, was die Exportnation Deutschland empfindlich zu spüren bekommt.

Diese Grunddynamik dürfte auch die Entwicklung im zweiten Halbjahr prägen. Zwar laufen die Verhandlungen zwischen der EU und den USA, um neue Zölle zu verhindern, aber der Ausgang ist völlig offen. Ein unregelmäßiger Brexit wird dagegen immer wahrscheinlicher (Kasten 5). Der Ausgang dieser Konflikte wird die Stimmung an wichtigen deutschen Absatzmärkten entscheidend beeinflussen. Mit wieder etwas steigender Auslandsnachfrage dürfte sich der deutsche Außenhandel im nächsten Jahr etwas erholen.⁷ Zwar ist nicht mit Wachstumsraten wie beispielsweise in den Jahren 2016/17 zu rechnen, aber eine Belebung nach dem insgesamt voraussichtlich schwachen Exportjahr 2019 ist für den weiteren Prognosezeitraum zumindest in Sicht.

7 Vgl. den ersten Bericht in dieser Ausgabe.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2011 bis 2021

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen		
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1
2015	45,0	23,0	16,5	44,0	1,4	2,1	0,9	6,1
2016	45,5	23,3	16,7	44,3	1,2	2,2	1,2	5,2
2017	45,7	23,6	16,9	44,4	1,1	2,2	1,2	4,5
2018	46,4	23,9	17,1	44,6	0,9	2,3	1,9	4,0
2019	46,6	23,9	17,4	45,2	0,8	2,4	1,4	3,6
2020	46,5	23,7	17,5	45,6	0,8	2,5	0,9	3,3
2021	46,2	23,3	17,6	45,9	0,7	2,6	0,3	3,1

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; DIW Herbstgrundlinien 2019.

Auch die Importe haben nach einem ordentlichen Jahresauftakt im zweiten Quartal nachgelassen. Hier macht sich der hohe Importanteil an deutschen Exportgütern bemerkbar. Wie schon bei den Exporten hat indes die Einfuhr von Konsumgütern zugelegt. Das dürfte auch im weiteren Prognosezeitraum – nicht zuletzt wegen der stimulierenden Finanzpolitik – so bleiben (Kasten 2).

Der Ölpreis hatte – auch wegen der politischen Spannungen zwischen den USA und Iran – im April sein vorläufiges Jahreshoch erreicht. Die Importpreise sind daher im zweiten Quartal gestiegen. Bei unveränderten Exportpreisen hat sich daher eine Verschlechterung der Terms of Trade ergeben. Da die Ölpreise inzwischen langsam sinken und die Exportpreise sich weiterhin wenig bewegen, ist für das dritte Quartal aber wieder mit einer Verbesserung zu rechnen. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Prognosezeitraum weiter sinken und unter die Fünf-Prozent-Marke fallen.

Öffentliche Finanzen: Hohe Überschüsse schmelzen bis 2021 deutlich ab

Im ersten Halbjahr 2019 erzielte der Staat einen Überschuss in Höhe von gut 45 Milliarden Euro. Dieser ist um rund sechs Milliarden Euro niedriger als im Vorjahreshalbjahr. Rund 40 Prozent, also 18 Milliarden Euro, gehen davon auf Überschüsse im Bundeshaushalt zurück.

Im Prognosezeitraum dürfte der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates zwar weiterhin positiv bleiben, denn der Staat wird wohl trotz einer im Vergleich zum Jahr 2018 schwächeren wirtschaftlichen Grunddynamik sowie einer Reihe von durchgeführten und geplanten expansiv wirkenden Maßnahmen weiterhin Überschüsse generieren (Tabelle 6). Allerdings dürfte der aktuell hohe Überschuss bis zum Jahr 2021

deutlich abschmelzen. Dies gilt insbesondere für den Bundeshaushalt, dessen Einnahmen durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags um knapp zehn Milliarden Euro geringer ausfallen dürften.

Insgesamt folgen die Staatseinnahmen weitestgehend dem konjunkturellen Muster, welches trotz schwächerer Industrieproduktion weiterhin durch eine relativ robuste Arbeitsmarktentwicklung gekennzeichnet ist. Die Lohnsteuereinnahmen dürften deshalb in diesem Jahr weiterhin deutlich ansteigen. Erst im nächsten Jahr wird sich die Dynamik abschwächen, da die Maßnahmen des verabschiedeten Familienentlastungsgesetzes eine nochmalige Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge sowie eine weitere Verschiebung der Tarifeckwerte im Jahr 2020 vorsehen. Beides reduziert die Einnahmen insgesamt um rund 4,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2021 steigen die Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern zwar weiterhin, allerdings dürfte die Zuwachsrate infolge der Abschaffung des Solidaritätszuschlags deutlich geringer sein.

Die Unternehmenssteuern, insbesondere die Körperschafts- und Gewerbesteuern, werden wohl nach Verlusten in der ersten Jahreshälfte die Jahreseinnahmen dämpfen. Im nächsten Jahr werden sie dann wohl wieder leicht positiv zum öffentlichen Einnahmewachstum beitragen. Bei den Sozialbeiträgen wirkt die dynamische Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre bis zuletzt nach. Sie werden auch von verschiedenen – sich teilweise kompensierenden – Effekten beeinflusst: Im laufenden Jahr steht der Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Da der Personenkreis der Pflegeversicherten höher ist, folgen daraus Mehreinnahmen, die allerdings durch die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeglichen werden. Diese ist zwar für sich genommen aufkommensneutral, belastet aber

Kasten 4

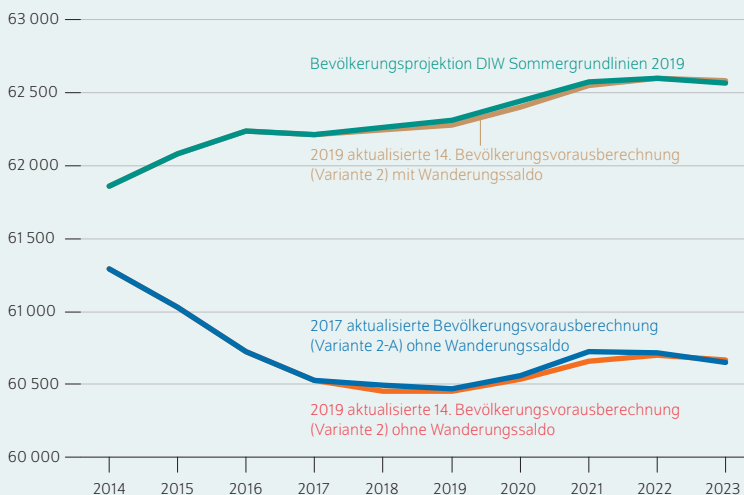
Produktionspotential

Die Berechnung des Produktionspotentials orientiert sich grundlegend an dem Verfahren, das von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.¹ Dieses basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Struktureffekte werden berücksichtigt, indem die Entwicklung der Partizipationsquote für unterschiedliche Alterskohorten getrennt nach Geschlecht und Herkunftsgruppen (Deutsche, EU, Nicht-EU) fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden.²

Abbildung

Bevölkerungsvorausberechnung in Deutschland

Bevölkerung in Tausend im Alter von 15 bis 74 Jahren



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Wanderungssaldo geht künftig etwas zurück.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Anders als in den Jahren zuvor wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an die aktualisierte Bevölkerungsprojektion (Variante 2) des Statistischen Bundesamts angepasst (Abbildung). In den Jahren zuvor hat das DIW Berlin in den Grundlinien auf der Bevölkerungsprojektion ohne Wanderungssaldo aufgebaut und den Wanderungssaldo anhand aktueller Zahlen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fortgeschrieben. Die Nettozuwan-

derung wird damit ähnlich wie in den Sommergrundlinien von rund 360 000 Personen im Jahr 2020 auf 250 000 im Jahr 2024 sinken. Der tatsächliche Wanderungssaldo für das Jahr 2018 betrug rund 400 000 Personen. Mit gut 200 000 Personen kommt der Großteil des Wanderungsgewinnes weiterhin aus den übrigen EU-Ländern, rund 35 000 Personen weniger als im Jahr 2017.³ Die Nettozuwanderung aus Drittstaaten liegt ebenfalls bei rund 200 000 Personen und damit gut 20 000 Personen mehr als im Jahr 2017. Es wird angenommen, dass der gesamte Wanderungssaldo bis 2024 weiter zurückgeht.⁴ Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Zuwanderern war über die letzten Jahre konstant und wird demnach mit den aktuellen Werten fortgeschrieben.⁵ Insgesamt können die hohen positiven Wanderungssalden zwar den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in der kurzen Frist bis 2021 gerade so kompensieren. In der Mittelfrist ab dem Jahr 2022 dürften Wanderungsgewinne allerdings nicht mehr ausreichen.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote wird getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Für Geflüchtete ergibt sie sich aus einem kalibrierten Suchmodell. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hilfe eines Alterskohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen separat nach Geschlecht und Herkunft fortgeschrieben. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung wird anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung berechnet. Sie steigt von über 74,5 Prozent im Jahr 2019 mit einer abnehmenden Zuwachsrate um ein Fünftel Prozentpunkte bis 2021 an. Zum Ende des Projektionszeitraumes geht sie dann zurück.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)

Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote, die über die Mittelfrist konstant ist. Die strukturelle Erwerbslosenquote liegt im Jahr 2019 bei 3,3 Prozent und geht bis 2024 auf 2,8 Prozent zurück. Ein Grund hierfür ist nicht nur, dass verglichen mit dem heutigen Stand immer mehr Geflüchtete eine Arbeitsstelle finden, sondern dass auch

³ Siehe Destatis (2019): Zuwanderung 2018: Deutschland wächst um 400 000 Menschen. Pressemitteilung Nr. 271 vom 16. Juli 2019 (online verfügbar).

⁴ Siehe zu potentiellen Ursachen Kasten Zuwanderung in Claus Michelsen et al. (2019): Deutsche Wirtschaft derzeit besser als ihr Ruf: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2019. DIW Wochenbericht Nr. 24, 424 (online verfügbar).

⁵ Rund 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-Erwerbszuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt (2019): Fachserie 1, Reihe 2. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2018.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2013-2018	2018-2024
Produktionspotential	1,6	1,4
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,6	0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,6	0,6

Anmerkung: Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

immer mehr ältere Langzeitarbeitslose in Rente gehen und junge Arbeitssuchende aufgrund der aktuellen relativ günstigen Arbeitsmarktlage nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit fallen.

Kapitalstock

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand Nettoinvestitionszuwächsen fortgeschrieben. Zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird bis 2020 an den Wert aus der kurzen Frist angepasst und anschließend konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

die Rentenversicherung und den Staat als Arbeitgeber. Im kommenden Jahr verringert sich der Anstieg der Sozialbeiträge im Zuge der etwas moderateren Lohn- und Beschäftigungsdynamik. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen im Prognosezeitraum wohl jahresdurchschnittlich um 2,7 Prozent zunehmen.

Auf der Ausgabenseite werden die Arbeitnehmerentgelte des Staates aufgrund von Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus über den Prognosezeitraum, insbesondere in den Bereichen Pflege und innere Sicherheit, weiter deutlich expandieren. Generell wird die Neu- und Wiederbesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst durch das zunehmend knappe Arbeitsangebot aber schwieriger, so dass sich die Dynamik zum Ende des Prognosezeitraums abschwächen dürfte. Die sozialen Sachleistungen dürften im Zuge von Maßnahmen wie dem Pflegepersonalstärkungsgesetz und dem Terminservice- und Versorgungsgesetz weiter steigen. Auch bei den Vorleistungen ist infolge verschiedener beschlossener Maßnahmen, wie dem Digitalpakt Schule und dem Gute-Kita-Gesetz, ein deutlicher Anstieg der Ausgaben in diesem Jahr zu erwarten. In den nächsten

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2024 dürfte bei einem Drittel Prozentpunkt liegen. Bis 2021 sollte sie hauptsächlich durch den Anstieg der Partizipationsquote und die sinkende NAWRU getrieben werden, danach wird erwartet, dass sie vor allem durch eine sinkende Partizipationsquote beeinflusst wird. Die durchschnittliche trendmäßige Arbeitszeit steigt leicht über den Zeitraum. Außerdem wird auch der Zuwachs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Durchschnitt bis 2022 positive Wachstumsimpulse liefern, danach wird er auf das Arbeitsvolumen negativ wirken (Tabelle). Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2024 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von einem Fünftel Prozentpunkt leisten. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks ist mit 1,4 Prozentpunkten ungefähr gleich der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von rund zwei Drittel Prozentpunkten ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2024 um jahresdurchschnittlich 1,4 Prozent zunehmen wird. Allerdings verlangsamt sich das Tempo deutlich, mit dem das Potential in der kurzen Frist wächst, so dass es zum Ende des Mittelfristzeitraums demografisch bedingt bei leicht über einem Prozent liegt.

Jahren dürfte der zusätzliche Impuls geringer ausfallen, so dass sich die Dynamik leicht abschwächt.

Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr infolge von Leistungsausweitungen wie der Erweiterung der Mütterrente und der Erhöhung des Kindergelds deutlich ansteigen. Die Maßnahmen des Starke-Familien-Gesetz, darunter die Erhöhung des Kinderzuschlags und die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Teilhabe, sowie die BAföG-Reform, das Angehörigenentlastungs- und das Wohngeldstärkungsgesetz erhöhen die Ausgaben insbesondere im kommenden Jahr, wobei der Impuls in Summe deutlich geringer sein dürfte als im laufenden Jahr. Im Jahr 2021 dürften die Transferleistungen abermals durch eine Kindergelderhöhung, diesmal um 15 Euro pro Monat und Kind, ansteigen. Hingegen dürften die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld II angesichts der etwas verbesserten Arbeitsmarktlage leicht zurückgehen.

Die Zinsausgaben dürften angesichts der jüngst verkündeten Fortführung des geldpolitischen Niedrigzinskurses weiter sinken, denn die Refinanzierung der Staatsschulden

Kasten 5

Folgen eines harten Brexit für die deutsche Konjunktur

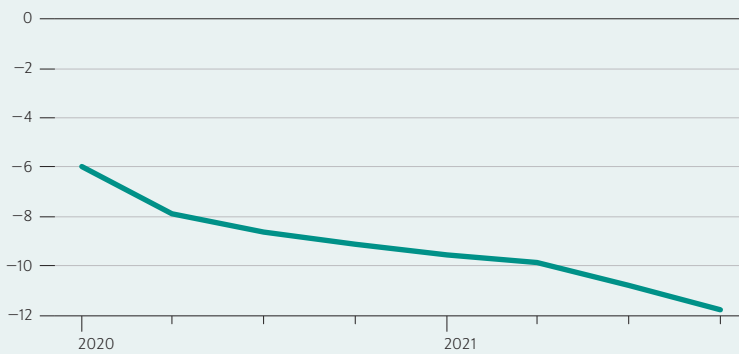
Die künftigen wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union sind trotz einer Verschiebung des Brexit-Datums auf Ende Oktober weiterhin unklar. Der hier vorgestellten Prognose liegt im Basisszenario daher die technische Annahme unveränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen bis zum Ende des

Prognosezeitraums zugrunde. Diese Annahme ist sowohl mit dem Szenario eines geregelten Austritts zum 31. Oktober, als auch mit dem Fall einer erneuten Verschiebung des Austrittstermins vereinbar. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit eines „harten Brexit“, also eines Austritts ohne Abkommen, unter der seit Juni 2019 neu aufgestellten britischen Regierung deutlich gestiegen. Im Folgenden wird daher untersucht, wie stark die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von einem harten Brexit betroffen wäre. Hierbei sind nur Effekte berücksichtigt, die sich ausgehend von einer Reduktion des bilateralen Warenhandels beider Länder ergeben.

Abbildung 1

Abschläge deutscher Exporte ins Vereinigte Königreich im Falle eines harten Brexit

In Prozent, kumuliert



Quelle: NIESR und eigene Berechnungen

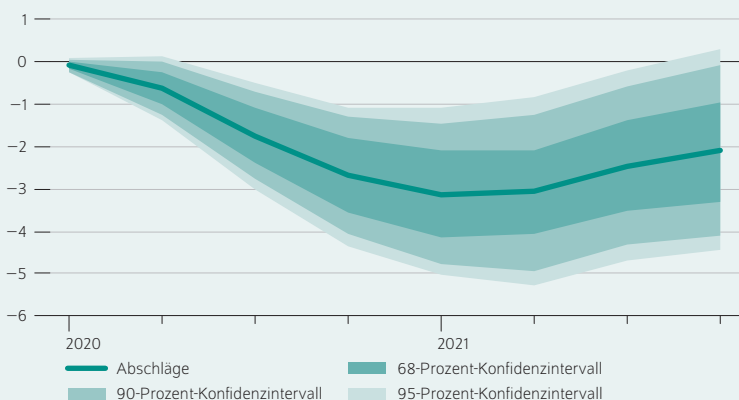
© DIW Berlin 2019

Bei einem harten Brexit verringern sich die deutschen Warenexporte nach Großbritannien kontinuierlich in den kommenden zwei Jahren.

Abbildung 2

Abschläge deutscher Exporte in den Rest der Welt im Falle eines harten Brexit

In Prozent, kumuliert



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Bei einem harten Brexit lasten auch Dittländereffekte auf der deutschen Konjunktur.

Modell

Zur Quantifizierung der realwirtschaftlichen Effekte wird für Deutschland ein vektorautoregressives (VAR) Modell geschätzt. Die Variablen dieses Modells umfassen Eurostat-Daten zum realen Bruttoinlandsprodukt, zu Konsumentenpreisen und zur Arbeitslosenquote, Daten der EU-Kommission zum nominalen effektiven Wechselkurs des Euro gegenüber 42 Handelspartnern sowie einen Index der bilateralen realen Warenexporte nach Großbritannien und die Warenexporte in den Rest der Welt (Destatis).¹ Zudem enthält das Modell einen kurzfristigen Zinssatz, welcher bis Ende des Jahres 2008 dem Eonia-Zinssatz der Europäischen Zentralbank entspricht und ab Jahresbeginn 2009 dem Schattenzinssatz gemäß der Methodik von Xia und Wu (2017).² Für die Schätzung werden bis auf die Arbeitslosenquote und den Zinssatz alle Variablen durch den natürlichen Logarithmus linearisiert. Das Modell wird mit Daten für den Zeitraum vom ersten Quartal 1997 bis zum zweiten Quartal 2019 geschätzt und beinhaltet fünf verzögerte Werte der jeweiligen Variablen.

Zur Berechnung der Auswirkungen des Brexit wird eine bedingte Prognose erstellt. Hierzu werden hypothetische britische Importe aus einer Szenarienanalyse des National Institute of Economic and Social Research (NIESR) verwendet. Die in der Studie analysierten Szenarien entsprechen dem Fall eines geregelten Austritts mit einem Handelsabkommen (Szenario 1) und eines ungeordneten harten Brexit (Szenario 2). Die Szenarienanalyse des NIESR Instituts wurde auf Grundlage des NiGEM-Modells, kalibriert für die britische Volkswirtschaft, durchgeführt. Die Analyse ergibt, dass im Falle eines harten Brexit die britischen Gesamtimporte um 7,4 Prozent im kommenden und um 2,9 Prozent im Jahr 2021 im Vergleich zum Szenario 1 sinken. Hierbei wurde eine Reihe von kurzfristigen Notfallmaßnahmen sowie expansive Impulse der Geld- und Finanzpolitik im Vereinigten Königreich berücksichtigt³, die die Folgen eines harten Brexit abfedern sollen.

¹ Preisbereinigt werden die nominalen Warenexportreihen mit dem Warenexportdeflator. Eine Saisonbereinigung wird gemäß des X-11-ARIMA-Verfahrens durchgeführt.
² Vgl. Wu, Jing Cynthia, and Fan Dora Xia. „Time-varying lower bound of interest rates in Europe.“ *Chicago Booth Research Paper 17-06* (2017)
³ Vgl. Box A. in Arno Hantsche und Gary Young (2019): Prospects for the UK Economy. National Institute Economic Review.

Tabelle

Veränderungen der Wachstumsraten der Basisprognose im Falle eines harten Brexit

Prozentpunkte	2020					2021				
	10. Perzentil	16. Perzentil	Punktschätzer	84. Perzentil	90. Perzentil	10. Perzentil	16. Perzentil	Punktschätzer	84. Perzentil	90. Perzentil
BIP	-0,1	-0,2	-0,4	-0,6	-0,7	0,1	-0,1	-0,3	-0,6	-0,8
deutsche Exporte in den Rest der Welt	-0,5	-0,8	-1,3	-1,8	-2,1	-0,4	-0,9	-1,4	-2,0	-2,5

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Für die Quantifizierung der Auswirkungen des Brexit für Deutschland werden die jeweiligen, aus Szenario 1 und 2 resultierenden, britischen Importe indirekt in die Vorhersagegleichungen des VAR-Modells gespeist. Hierzu werden zunächst die bilateralen Warenexporte von Deutschland ins Vereinigte Königreich anhand der deutschen Exportelastizität der Importe des Vereinigten Königreichs gewichtet und danach mithilfe der von NIESR bereitgestellten Veränderungsrate der britischen Gesamtimporte des jeweiligen Szenarios für die Jahre 2020 und 2021 fortgeschrieben (Abbildung 1). Im Falle eines ungeordneten Brexit ergibt sich so für Deutschland ein Rückgang der Warenexporte um 7,5 Prozent im Jahr 2020 und um 2,9 Prozent in 2021. Mit den unterliegenden Zeitreihen auf Quartalsfrequenz werden dann zwei Prognosen für alle Modellvariablen bedingt auf die jeweilige bilaterale Exportreihe erstellt. Dieses Vorgehen unterliegt der Annahme, dass die Verläufe der britischen Importe mit Sicherheit bekannt sind. Die Differenz der zukünftigen Verläufe aller Variablen zwischen den beiden prognostizierten Szenarien kann entsprechend als Veränderung der Basisprognose für Deutschland im Falle eines harten Brexit interpretiert werden.

Harter Brexit würde Exporte und Produktion in Deutschland belasten

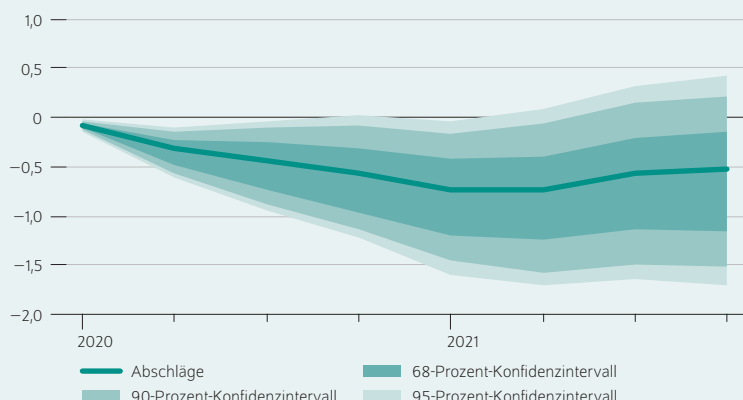
Das Modell prognostiziert, dass die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in den Jahren 2020 um 0,4 und im Jahr 2021 um 0,3 Prozentpunkte geringer ausfallen als in der Basisprognose unterstellt (Tabelle). Dabei wird ein ungeordneter Brexit die deutsche Wirtschaft wohl vor allem im kommenden Jahr belasten (Abbildung 2). So dürfte der negative Effekt ab der ersten Jahreshälfte 2021 allmählich abklingen. Auch die Konfidenzintervalle der Abschlüsse, welche die Prognoseunsicherheit abbilden, deuten darauf hin, dass ein großer Teil der Belastung des Wachstums wohl im Jahr 2020 stattfinden wird.⁴

Da das Modell die deutschen Warenexporte in den Rest der Welt (Gesamtexporte abzüglich derjenigen ins Vereinigte Königreich) beinhaltet, berücksichtigen die berechneten Wachstumsabschlüsse auch Effekte über Drittländer. Zudem bildet das Modell inländische

Multiplikator-Effekte ab, die sich aus gesunkener Produktion und Einkommen in Deutschland in Folge geringerer Exporte ins Vereinigte Königreich und in den Rest der Welt ergeben. Dabei geht aus den Modellprognosen hervor, dass im Falle eines harten Brexit die Zuwächse der deutschen Exporte in den Rest der Welt im kommenden Jahr um 1,3 und im Jahr 2021 um 0,8 Prozentpunkte geringer ausfallen dürften als in der Basisprognose unterstellt. Ähnlich wie beim Bruttoinlandsprodukt dürfte der Wachstumseffekt des ungeordneten Brexit wohl vor allem im nächsten Jahr auf den deutschen Exporte in den Rest der Welt lasten (Abbildung 3). Insgesamt zeigen die Berechnungen, dass ein ungeordneter Brexit zu kurzfristigen Wachstumseinbußen führen dürfte, die sich insbesondere in den ersten Quartalen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU niederschlagen dürfte. Im weiteren Verlauf ist mit schwächeren Wachstumseinbußen zu rechnen.

Abbildung 3

Abschlüsse auf das deutsche BIP im Falle eines harten Brexits In Prozentpunkten



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Ein ungeordneter Brexit dürfte die deutsche Wirtschaft vor allem im kommenden Jahr belasten.

⁴ Die Prognoseunsicherheit wird anhand eines Bootstrap-Verfahrens der geschätzten VAR-Parameter berechnet.

Tabelle 7

Mittelfristprojektion: Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Milliarden Euro					
2013	2 811,4	1 533,8	551,9	563,8	161,9
2018	3 344,4	1 743,7	665,6	729,0	206,1
2024	3 958,9	2 061,3	842,3	910,0	145,3
Anteile am BIP					
2013	100	54,6	19,6	20,1	5,8
2018	100	52,1	19,9	21,8	6,2
2024	100	52	21 1/4	23	3 3/4
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2018/2013	3,5	2,6	3,8	5,3	-
2024/2018 ¹	2 3/4	2 3/4	4	3 3/4	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

erfolgt zu deutlich günstigeren Konditionen. Dieser Effekt wird in den nächsten Jahren kleiner, so dass sich der Rückgang der Zinsausgaben verlangsamt.

Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden sich wohl infolge erhöhter öffentlicher Bautätigkeit dynamisch entwickeln. Diese wird insbesondere durch beschlossene Maßnahmen, wie dem Ausbau des Deutsche-Bahn-Netzes und des Breitbandnetzes sowie weiterer Investitionen in die kommunale Infrastruktur zusätzlich angeschoben.

Allerdings dürfte der finanzpolitische Spielraum für ein langfristig ausgerichtetes Investitionsprogramm zur Stärkung des Potentialwachstums zunehmend kleiner werden. Denn der nochmals nach oben revidierte Rekordüberschuss

von 62,5 Milliarden Euro aus dem Jahre 2018 schmilzt bis zum Jahr 2021 deutlich ab. In diesem und im nächsten Jahr wird er zwar wohl immer noch bei knapp 48 beziehungsweise gut 33 Milliarden Euro, beziehungsweise 1,4 und 0,9 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Jahres liegen. Allerdings dürfte der Finanzierungssaldo des Staates spätestens im Jahr 2021 – auch wegen der wegfallenden Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag – bei knapp zehn Milliarden Euro liegen. Bundesmittel dürften damit weitestgehend aufgebraucht worden sein. Nach Bereinigung um konjunkturelle und Einmaleffekte dürfte der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2019 wohl gut 45 Milliarden Euro (1,3 Prozent in Relation zum nominalen Produktionspotential) betragen und im Jahr 2020 auf 35 Milliarden Euro (ein Prozent in Relation zum nominalen Produktionspotential) sinken. Im Jahr 2021 sinkt der strukturelle Finanzierungssaldo nochmals auf dann elf Milliarden Euro. Der Bruttoschuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte ohne zusätzliche Neuverschuldung bis 2021 auf 55 Prozent sinken und damit deutlich unterhalb des Maastricht-Referenzwertes liegen.

Mittelfristprojektion

Seit Jahren nimmt der Protektionismus weltweit zu und aktuell wird dieser Trend durch die von den USA ausgehenden Handelskonflikte sowie den Brexit verschärft. In die damit einhergehende Renationalisierung globaler Wertschöpfungsketten reiht sich die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft ein, die auf eine Stärkung des Konsums abzielt. Vielfach ist damit auch ein Verzicht auf die Vorteile globaler Arbeitsteilung verbunden, was in der mittleren Frist dazu führen wird, dass sich die Weltwirtschaft weniger dynamisch entwickelt. Da sich damit die Produktion vielerorts stärker auf den jeweils eigenen Markt konzentriert, werden vorübergehend zwar Anpassungsinvestitionen getätigt, alles in allem dürfte sich die globale Produktion aber zum Konsum hin verschieben. Dies schwächt den

Tabelle 8

Mittelfristprojektion: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
	in Millionen	in Millionen	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2015 = 100
2013	42 350	37 855	1 396	2 913	68 793	49	2 811	96
2018	44 854	40 631	1 390	3 222	71 844	52	3 344	104
2024	45 316	41 189	1 409	3 452	76 179	54	3 959	115
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2018/2013	1,16	1,43	-0,09	2,03	0,87	0,96	3,53	1,47
2024/2018 ¹	1/4	1/4	1/4	11/4	1	3/4	2 3/4	13/4

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

Welthandel – sogar relativ zum ohnehin gedämpften globalen Expansionstempo – und dürfte das Wachstum exportorientierter Wirtschaften, die wie Deutschland auf Investitionsgütern spezialisiert sind, dämpfen.

Die Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen dürfte entsprechend im Trend deutlich an Schwung verlieren, der Außenbeitrag wird weiter abschmelzen (Tabelle 7). Die Unternehmensinvestitionen dürften in dem Umfeld nur verhalten zulegen, nicht zuletzt, weil eine geringfügig restriktivere Ausrichtung der EZB unterstellt wird. Die Bauinvestitionen indes schwächen sich nur wenig ab, denn Immobilien bleiben als Anlageform attraktiv und anhaltend knapper Wohnraum in den Großstädten dürfte die Bauwirtschaft stützen.

Der private Verbrauch kann nicht an die kräftigen Raten aus den Vorjahren 2019 bis 2021 anknüpfen, schon allein, weil aufgrund der ab dem Jahr 2021 nahezu verausgabten Überschüsse weitere finanzpolitische Impulse ausbleiben dürften. Umkehren wird sich der Einkommenschub aus der kurzen Frist zwar nicht, bei der Ausweitung des Konsums tritt ab 2022 aber die wesentlich geringere Grunddynamik hervor, die lediglich in den Jahren 2019–21 überzeichnet wurde. Zusätzlich dämpft den Konsum die

Entwicklung am Arbeitsmarkt: Schon die Wachstumsverlangsamung dürfte mit einer schwächeren Nachfrage nach Arbeitskräften einhergehen, aber auch die Zahl der Erwerbspersonen verknappt sich demografisch bedingt zunehmend. Unterm Strich dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2022 in etwa stagnieren und anschließend etwas sinken (Tabelle 8).

Der zunehmende Fachkräftemangel wird die Löhne wohl kräftig – je Arbeitnehmer um knapp drei Prozent pro Jahr – steigen lassen. Dies wiederum dürfte die Erwerbsneigung fördern und die Beschäftigung in Vollzeit steigern; die Knappheit am Arbeitsmarkt – und damit einhergehend: die allmählich sinkende Beschäftigung – wird somit in der Summe durch eine höhere Arbeitszeit kompensiert, aber nur teilweise. Die Lohnsumme – und schließlich die verfügbaren Einkommen – schwächen sich daher mittelfristig etwas ab.

Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung an Tempo verlieren – zum Ende des Projektionszeitraums wird die Rate nur noch knapp über ein Prozent betragen; damit entwickelt sich die deutsche Wirtschaft entsprechend des Produktionspotentials; die Produktionslücke bleibt im Verlauf der mittleren Frist geschlossen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2019:

www.diw.de/diw_weekly

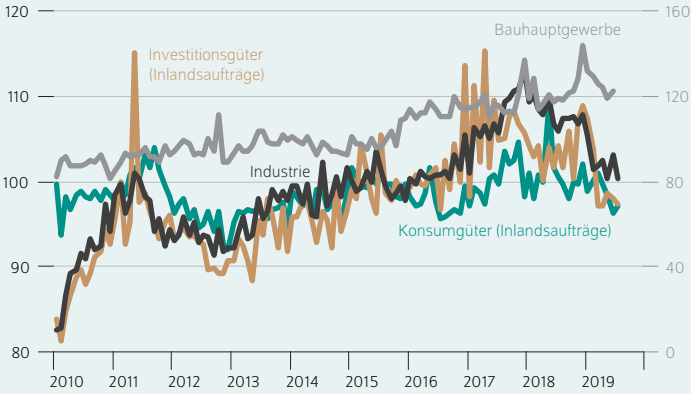


Abbildung 7

Konjunkturindikatoren für Deutschland

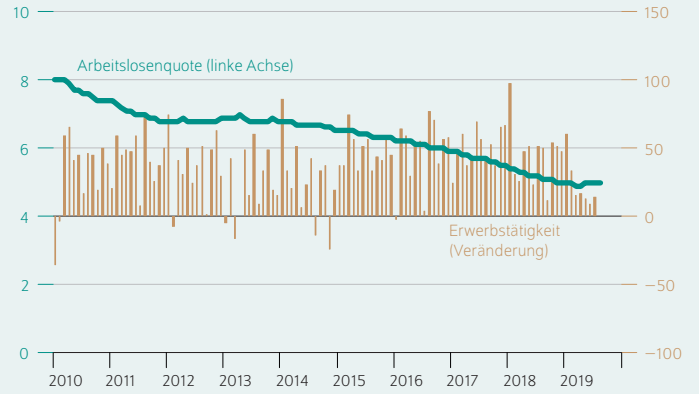
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



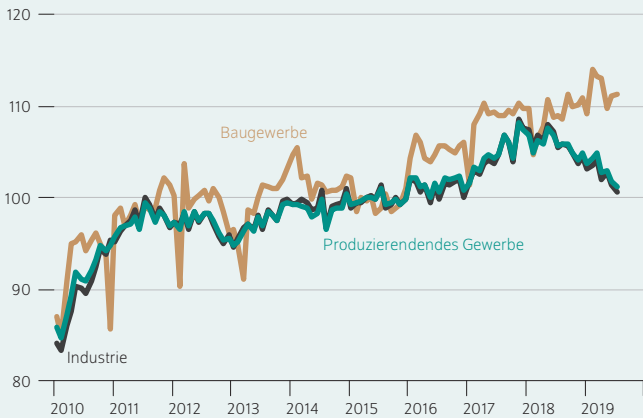
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



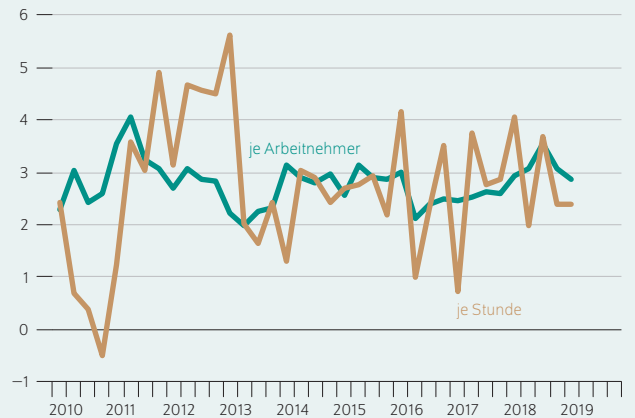
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



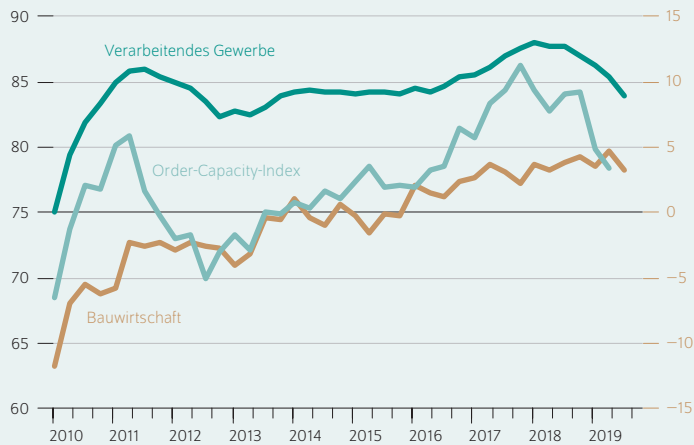
4. Löhne

Veränderung in Prozent



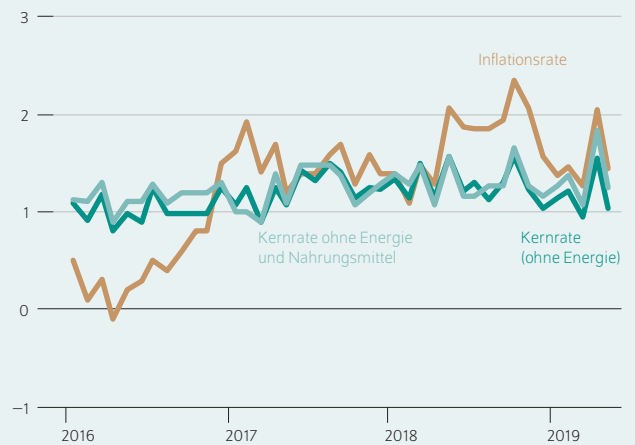
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

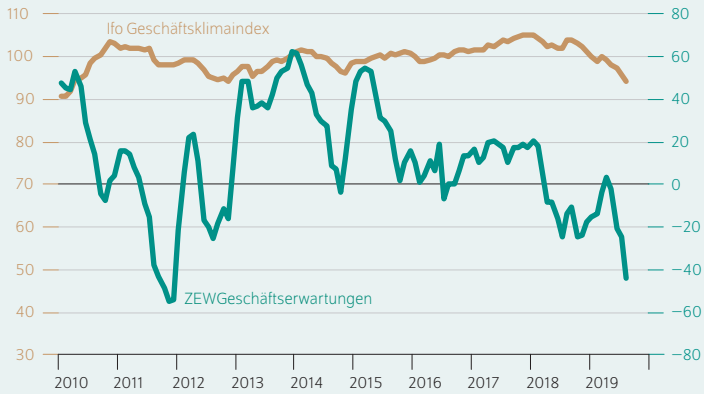
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

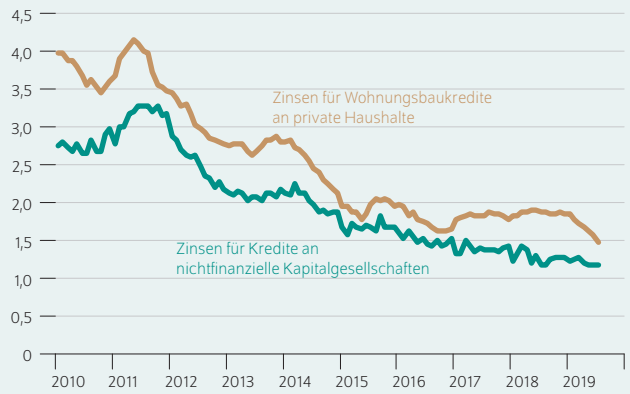
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



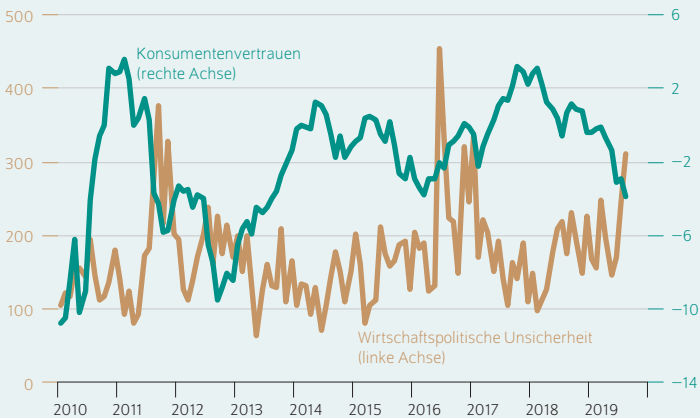
8. Zinsen

In Prozent



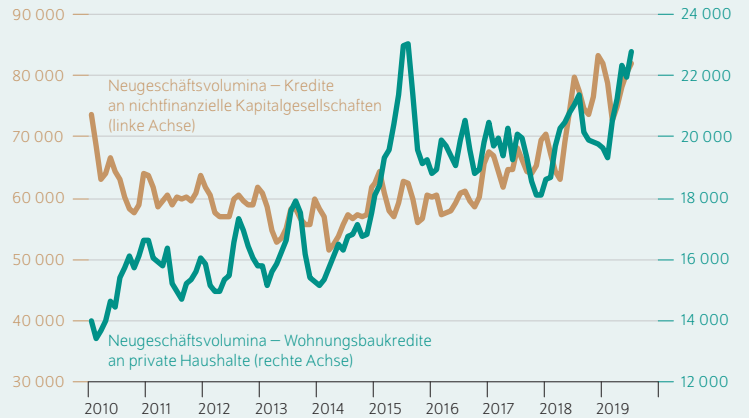
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



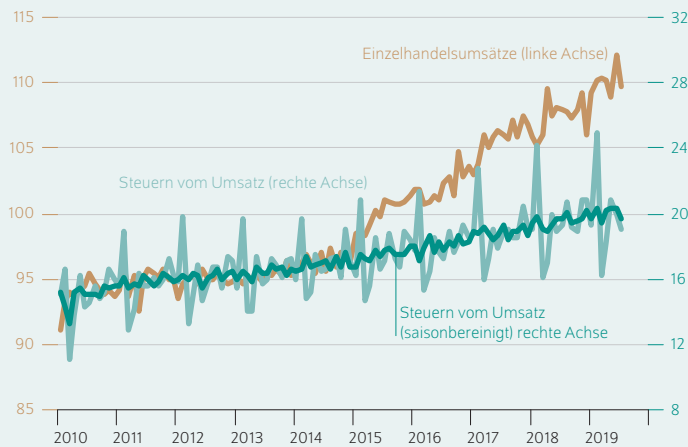
10. Kredite – Neugesäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



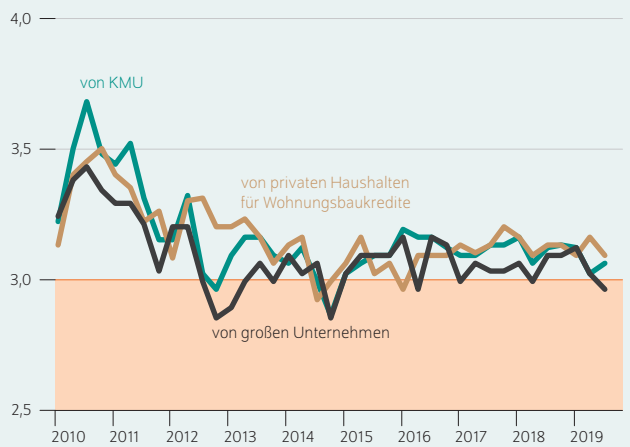
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2019

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 089,2	2 089,8	342,3	657,1	–
4	– Abschreibungen	616,1	350,2	77,5	188,4	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 473,2	1 739,6	264,8	468,7	–191,1
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,2	1 336,9	269,1	241,2	14,4
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,1	14,3	0,3	9,5	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	28,9	27,0	0,2	1,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	630,8	415,5	–4,4	219,7	–205,4
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 848,0	–	–	1 848,0	13,5
11	– Geleistete Subventionen	31,0	–	31,0	–	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	364,3	–	364,3	–	7,1
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	648,0	598,2	29,1	20,6	199,9
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	746,7	366,5	21,1	359,1	101,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 910,9	1 837,7	320,9	2 406,2	–288,9
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	445,8	94,4	–	351,4	11,1
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	456,4	–	456,4	–	0,4
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	732,0	–	–	732,0	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	733,4	137,2	595,4	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	612,0	66,8	544,4	0,8	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	604,8	–	–	604,8	7,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	356,9	188,2	80,3	88,4	51,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	304,3	167,6	24,2	112,5	104,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 863,2	139,3	772,1	1 951,8	–241,2
25	– Konsumausgaben	2 484,7	–	693,4	1 791,4	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
27	= Sparen	378,5	78,8	78,8	220,9	–241,2
28	– Geleistete Vermögenstransfers	67,7	19,5	38,0	10,2	4,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	58,2	25,7	11,9	20,6	13,7
30	– Bruttoinvestitionen	753,3	436,1	83,8	233,4	–
31	+ Abschreibungen	616,1	350,2	77,5	188,4	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,6	–2,1	–1,4	1,0	2,6
33	= Finanzierungssaldo	234,3	1,1	47,9	185,3	–234,3
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 863,2	139,3	772,1	1 951,8	–241,2
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	443,3	–	443,3	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	443,3	–	–	443,3	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 863,2	139,3	328,8	2 395,1	–241,2
38	– Konsum ³	2 484,7	–	250,1	2 234,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
40	= Sparen	378,5	78,8	78,8	220,9	–241,2

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2020

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 189,9	2 153,9	354,3	681,7	–
4	– Abschreibungen	632,5	356,9	79,4	196,3	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 557,4	1 797,0	274,9	485,4	–172,1
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 908,8	1 379,0	279,3	250,5	14,8
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,0	14,0	0,3	9,7	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	29,7	27,8	0,2	1,8	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	654,3	431,8	–4,5	227,1	–186,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 909,7	–	–	1 909,7	13,9
11	– Geleistete Subventionen	31,9	–	31,9	–	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	373,4	–	373,4	–	6,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	662,3	613,4	27,9	21,0	204,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	763,7	372,9	21,3	369,6	103,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 007,0	191,3	330,4	2 485,2	–273,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	455,7	96,9	–	358,9	11,2
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	466,5	–	466,5	–	0,4
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	760,4	–	–	760,4	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	761,8	142,8	618,2	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	634,8	68,5	565,5	0,8	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	627,5	–	–	627,5	7,9
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	365,8	191,0	84,1	90,7	58,1
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	317,6	173,7	25,0	118,9	106,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 963,7	151,4	790,5	2 021,7	–229,9
25	– Konsumausgaben	2 572,4	–	722,3	1 850,2	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,3	–	61,3	–
27	= Sparen	391,2	90,1	68,3	232,9	–229,9
28	– Geleistete Vermögenstransfers	70,6	20,9	39,2	10,5	4,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	60,5	26,8	12,1	21,6	14,7
30	– Bruttoinvestitionen	793,9	453,8	88,7	251,4	–
31	+ Abschreibungen	632,5	356,9	79,4	196,3	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,6	–2,1	–1,4	0,9	2,6
33	= Finanzierungssaldo	222,4	1,0	33,3	188,0	–222,4
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 963,7	151,4	790,5	2 021,7	–229,9
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	460,7	–	460,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	460,7	–	–	460,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 963,7	151,4	329,8	2 482,4	–229,9
38	– Konsum ³	2 572,4	–	261,5	2 310,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,3	–	61,3	–
40	= Sparen	391,2	90,1	68,3	232,9	–229,9

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2021

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 286,9	2 213,5	367,2	706,3	–
4	– Abschreibungen	652,4	364,5	82,4	205,5	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 634,5	1 849,0	284,7	500,7	–154,9
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 971,4	1 422,7	289,2	259,5	15,1
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,4	11,3	0,3	9,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	30,4	28,4	0,2	1,8	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	672,2	443,5	–4,6	233,3	–170,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 972,3	–	–	1 972,3	14,3
11	– Geleistete Subventionen	32,7	–	32,7	–	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	382,6	–	382,6	–	6,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	678,2	629,9	26,8	21,5	209,9
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	782,7	384,2	21,4	377,1	105,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 098,8	197,7	339,9	2 561,2	–259,0
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	456,6	98,9	–	357,8	11,3
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	467,5	–	467,5	–	0,4
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	789,1	–	–	789,1	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	790,6	148,6	641,1	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	658,2	70,2	587,2	0,8	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	650,6	–	–	650,6	8,2
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	375,0	193,8	88,1	93,0	54,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	321,2	179,8	25,8	115,7	108,4
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 049,8	163,2	799,0	2 087,6	–210,0
25	– Konsumausgaben	2 661,1	–	751,6	1 909,5	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,2	–	62,2	–
27	= Sparen	388,7	101,0	47,4	240,3	–210,0
28	– Geleistete Vermögenstransfers	73,4	22,4	40,2	10,8	4,9
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	62,6	27,6	12,3	22,7	15,7
30	– Bruttoinvestitionen	831,1	470,3	93,8	267,1	–
31	+ Abschreibungen	652,4	364,5	82,4	205,5	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,6	–2,1	–1,4	0,9	2,6
33	= Finanzierungssaldo	201,8	2,5	9,6	189,7	–201,8
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 049,8	163,2	799,0	2 087,6	–210,0
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	478,5	–	478,5	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	478,5	–	–	478,5	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 049,8	163,2	320,5	2 566,1	–210,0
38	– Konsum ³	2 661,1	–	273,1	2 388,0	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,2	–	62,2	–
40	= Sparen	388,7	101,0	47,4	240,3	–210,0

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,4	0,9	0,4	0,5	1,1	0,7	0,4	0,4	0,5	0,5
Arbeitszeit, arbeitstätig	0,2	-0,1	-1,0	-0,1	0,5	-0,8	-0,4	-1,7	0,0	-0,1
Arbeitstage	-0,3	0,0	1,5	0,1	-0,8	0,8	0,5	2,4	0,0	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	0,7	0,9	0,5	0,7	0,6	0,5	1,2	0,4	0,6
Produktivität ¹	0,2	-0,2	0,5	0,9	-0,3	-0,1	0,3	0,7	1,0	0,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,4	1,4	0,4	0,5	0,8	1,9	1,5	1,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 409,3	2 484,7	2 572,4	2 661,1	1 212,7	1 272,0	1 255,0	1 317,4	1 297,4	1 363,8
Private Haushalte ²	1 743,7	1 791,4	1 850,2	1 909,5	876,1	915,3	904,0	946,2	931,7	977,8
Staat	665,6	693,4	722,3	751,6	336,7	356,7	351,0	371,2	365,6	386,0
Anlageinvestitionen	707,7	749,1	789,7	828,3	359,1	390,0	375,6	414,1	395,0	433,4
Ausrüstungen	344,3	374,0	400,4	423,8	180,1	194,0	191,6	208,8	203,5	220,3
Bauten	235,3	241,5	248,8	257,1	115,7	125,8	117,4	131,5	121,5	135,7
Sonstige Anlageinvestitionen	128,1	133,5	140,5	147,4	63,3	70,2	66,7	73,8	70,0	77,4
Vorratsveränderung ³	21,3	4,2	4,1	2,8	4,9	-0,7	5,1	-1,0	4,6	-1,8
Inländische Verwendung	3 138,3	3 238,0	3 366,3	3 492,3	1 576,7	1 661,3	1 635,8	1 730,5	1 696,9	1 795,3
Außenbeitrag	206,1	191,1	172,1	154,9	110,1	81,0	97,9	74,2	90,7	64,2
Exporte	1 585,8	1 606,3	1 641,3	1 676,0	807,0	799,2	813,2	828,1	831,0	845,1
Importe	1 379,7	1 415,2	1 469,2	1 521,2	696,9	718,3	715,3	753,8	740,3	780,9
Bruttoinlandsprodukt	3 344,4	3 429,1	3 538,4	3 647,1	1 686,8	1 742,3	1 733,7	1 804,7	1 787,6	1 859,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,9	3,1	3,5	3,4	3,0	3,3	3,5	3,6	3,4	3,5
Private Haushalte ²	2,8	2,7	3,3	3,2	2,6	2,8	3,2	3,4	3,1	3,3
Staat	3,3	4,2	4,2	4,1	4,0	4,3	4,3	4,1	4,2	4,0
Anlageinvestitionen	6,3	5,8	5,4	4,9	6,4	5,4	4,6	6,2	5,2	4,6
Ausrüstungen	7,3	8,6	7,0	5,8	9,3	8,0	6,4	7,7	6,2	5,5
Bauten	4,9	2,6	3,0	3,3	3,0	2,3	1,5	4,5	3,5	3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	5,9	4,2	5,2	4,9	4,5	3,9	5,3	5,1	5,0	4,9
Inländische Verwendung	4,1	3,2	4,0	3,7	3,4	2,9	3,7	4,2	3,7	3,7
Exporte	3,1	1,3	2,2	2,1	1,8	0,8	0,8	3,6	2,2	2,1
Importe	5,5	2,6	3,8	3,5	4,0	1,2	2,6	4,9	3,5	3,6
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,5	3,2	3,1	2,4	2,6	2,8	3,6	3,1	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 322,5	2 359,5	2 403,0	2 445,7	1 162,3	1 197,2	1 183,2	1 219,8	1 203,1	1 242,7
Private Haushalte ²	1 681,7	1 705,4	1 735,0	1 763,9	838,2	867,3	852,0	883,0	865,0	899,0
Staat	640,8	654,0	668,0	681,7	324,1	329,9	331,2	336,9	338,1	343,7
Anlageinvestitionen	666,6	686,3	707,9	728,0	330,6	355,7	338,1	369,8	348,5	379,5
Ausrüstungen	312,2	324,2	334,9	343,6	157,5	166,7	161,5	173,4	166,2	177,4
Bauten	231,4	235,6	241,7	248,8	112,7	122,9	113,8	127,9	117,3	131,5
Sonstige Anlageinvestitionen	123,2	126,4	131,1	135,6	60,2	66,1	62,5	68,6	64,7	70,9
Inländische Verwendung	3 017,7	3 057,1	3 122,2	3 184,3	1 499,5	1 557,7	1 527,7	1 594,5	1 557,7	1 626,6
Exporte	1 557,2	1 568,2	1 598,6	1 624,7	788,6	779,6	793,5	805,1	807,2	817,5
Importe	1 353,6	1 389,1	1 440,6	1 482,4	683,0	706,1	703,3	737,3	723,3	759,1
Bruttoinlandsprodukt	3 222,5	3 237,7	3 282,7	3 330,2	1 605,4	1 632,3	1 618,8	1 663,9	1 642,7	1 687,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	1,3	1,6	1,8	1,8	1,4	1,8	1,8	1,9	1,7	1,9
Private Haushalte ²	1,3	1,4	1,7	1,7	1,2	1,6	1,6	1,8	1,5	1,8
Staat	1,4	2,1	2,1	2,1	1,9	2,3	2,2	2,1	2,1	2,0
Anlageinvestitionen	3,5	3,0	3,1	2,9	3,3	2,6	2,3	3,9	3,1	2,6
Ausrüstungen	2,5	3,9	3,3	2,6	4,2	3,5	2,6	4,0	2,9	2,3
Bauten	4,4	1,8	2,6	2,9	2,1	1,6	1,0	4,1	3,1	2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,6	3,7	3,5	2,9	2,3	3,7	3,7	3,5	3,4
Inländische Verwendung	2,1	1,3	2,1	2,0	1,5	1,1	1,9	2,4	2,0	2,0
Exporte	2,1	0,7	1,9	1,6	0,6	0,8	0,6	3,3	1,7	1,5
Importe	3,6	2,6	3,7	2,9	3,0	2,2	3,0	4,4	2,8	2,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,4	1,4	0,4	0,5	0,8	1,9	1,5	1,4

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,5	1,3	1,5	1,5	1,4	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,9	2,1	2,0	2,0	2,1	2,0	2,1	1,9	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	2,7	2,8	2,2	2,0	3,0	2,7	2,3	2,1	2,0	2,0
Ausrüstungen	4,7	4,6	3,6	3,2	4,9	4,3	3,7	3,5	3,3	3,1
Bauten	0,6	0,8	0,4	0,4	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Exporte	0,9	0,6	0,2	0,5	1,1	0,0	0,1	0,3	0,4	0,5
Importe	1,8	0,0	0,1	0,6	0,9	-1,0	-0,3	0,5	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,1	1,8	1,6	2,0	2,1	1,9	1,6	1,6	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 338,7	2 406,2	2 485,2	2 561,2	1 188,1	1 218,1	1 229,7	1 255,5	1 265,8	1 295,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	310,4	327,3	338,2	349,0	157,8	169,5	164,1	174,1	168,9	180,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 460,9	1 520,8	1 571,5	1 623,3	725,9	794,9	751,9	819,6	776,7	846,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	558,2	575,6	588,9	304,4	253,8	313,8	261,8	320,2	268,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	490,5	504,6	521,7	537,7	229,1	275,6	227,7	294,0	237,0	300,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 829,2	2 910,9	3 007,0	3 098,8	1 417,2	1 493,7	1 457,5	1 549,5	1 502,8	1 596,0
Abschreibungen	608,7	616,1	632,5	652,4	306,6	309,4	314,3	318,2	324,0	328,4
Bruttonationaleinkommen	3 437,9	3 526,9	3 639,5	3 751,3	1 723,9	1 803,1	1 771,8	1 867,7	1 826,8	1 924,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	2 503,1	2 577,6	2 665,5	2 748,9	1 249,5	1 328,1	1 285,9	1 379,5	1 326,5	1 422,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	731,8	729,5	755,8	776,7	365,8	363,8	370,0	385,8	381,0	395,7
Arbeitnehmerentgelt	1 771,3	1 848,0	1 909,7	1 972,3	883,7	964,3	915,9	993,7	945,5	1 026,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	2,9	3,3	3,1	2,8	3,0	3,5	3,1	2,9	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	5,5	3,3	3,2	5,3	5,6	4,0	2,7	2,9	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,1	3,3	3,3	4,3	3,9	3,6	3,1	3,3	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	-1,6	3,1	2,3	-1,9	-1,3	3,1	3,2	2,1	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-1,2	2,9	3,4	3,1	2,9	2,8	-0,6	6,7	4,1	2,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,0	2,9	3,3	3,1	2,8	3,0	2,8	3,7	3,1	3,0
Abschreibungen	4,9	1,2	2,7	3,1	1,3	1,1	2,5	2,8	3,1	3,2
Bruttonationaleinkommen	3,3	2,6	3,2	3,1	2,5	2,6	2,8	3,6	3,1	3,0
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	3,0	3,0	3,4	3,1	2,8	3,1	2,9	3,9	3,2	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,5	-0,3	3,6	2,8	-1,0	0,4	1,2	6,1	3,0	2,6
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,3	3,3	3,3	4,5	4,2	3,6	3,0	3,2	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 427,3	1 489,5	1 542,5	1 597,6	716,6	773,0	743,3	799,2	769,6	828,0
Nettolöhne- und -gehälter	975,5	1 018,2	1 054,4	1 092,2	482,0	536,2	500,3	554,0	518,2	573,9
Monetäre Sozialleistungen	579,4	604,8	627,5	650,6	300,8	304,0	312,1	315,3	323,4	327,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	127,5	133,5	139,3	145,2	66,2	67,3	69,2	70,1	72,1	73,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	558,2	575,6	588,9	304,4	253,8	313,8	261,8	320,2	268,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-96,3	-95,9	-96,4	-98,9	-49,5	-46,4	-49,4	-47,0	-50,7	-48,1
Verfügbares Einkommen	1 898,5	1 951,8	2 021,7	2 087,6	971,5	980,3	1 007,7	1 014,0	1 039,1	1 048,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,7	60,5	61,3	62,2	29,4	31,1	29,8	31,5	30,2	32,0
Konsumausgaben	1 743,7	1 791,4	1 850,2	1 909,5	876,1	915,3	904,0	946,2	931,7	977,8
Sparen	214,5	220,9	232,9	240,3	124,8	96,1	133,5	99,4	137,6	102,7
Sparquote in Prozent ⁷	11,0	11,0	11,2	11,2	12,5	9,5	12,9	9,5	12,9	9,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	3,9	4,4	3,6	3,6	4,5	4,2	3,7	3,4	3,5	3,6
Nettolöhne- und -gehälter	4,7	4,4	3,5	3,6	4,8	4,0	3,8	3,3	3,6	3,6
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,4	3,8	3,7	4,2	4,6	3,8	3,7	3,6	3,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,5	4,7	4,4	4,2	4,7	4,7	4,5	4,2	4,2	4,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	-1,6	3,1	2,3	-1,9	-1,3	3,1	3,2	2,1	2,6
Verfügbares Einkommen	3,5	2,8	3,6	3,3	2,7	2,9	3,7	3,4	3,1	3,4
Konsumausgaben	2,8	2,7	3,3	3,2	2,6	2,8	3,2	3,4	3,1	3,3
Sparen	8,6	3,0	5,4	3,2	3,2	2,8	7,0	3,4	3,1	3,3

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	800,9	820,7	839,9	850,1	415,4	405,3	424,6	415,2	427,0	423,1
direkte Steuern	445,2	456,4	466,5	467,5	232,8	223,6	237,8	228,7	235,0	232,5
indirekte Steuern	355,7	364,3	373,4	382,6	182,6	181,7	186,9	186,5	192,0	190,5
Nettosozialbeiträge	572,5	595,4	618,2	641,1	289,2	306,1	303,0	315,2	312,5	328,6
Vermögenseinkommen	21,3	21,1	21,3	21,4	12,8	8,3	12,9	8,3	13,0	8,4
Laufende Übertragungen	24,8	24,2	25,0	25,8	10,6	13,7	10,9	14,1	11,2	14,6
Vermögenstransfers	13,1	11,9	12,1	12,3	5,4	6,6	5,4	6,7	5,5	6,8
Verkäufe	120,2	125,0	128,6	132,4	58,4	66,6	60,1	68,5	61,9	70,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1552,9	1598,4	1645,3	1683,3	791,8	806,6	817,1	828,2	831,2	852,1
Ausgaben										
Vorleistungen	169,4	178,4	187,2	195,6	82,0	96,4	86,3	101,0	90,5	105,1
Arbeitnehmerentgelte	259,3	269,1	279,3	289,2	128,7	140,4	133,8	145,5	138,6	150,6
Soziale Sachleistungen	285,9	297,6	309,3	321,3	147,7	150,0	153,5	155,8	159,4	161,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,7	29,1	27,9	26,8	14,5	14,7	14,2	13,6	13,7	13,0
Subventionen	29,6	31,0	31,9	32,7	14,9	16,1	15,4	16,5	15,7	16,9
Monetäre Sozialleistungen	520,2	544,4	565,5	587,2	270,9	273,5	281,5	284,0	292,0	295,1
Sonstige laufende Transfers	74,9	80,3	84,1	88,1	38,6	41,7	40,4	43,7	42,3	45,8
Bruttoinvestitionen	78,4	83,8	88,7	93,8	36,9	46,9	38,6	50,1	40,9	52,8
Vermögenstransfers	42,2	38,0	39,2	40,2	13,0	25,0	13,4	25,8	13,8	26,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1490,5	1550,6	1611,9	1673,7	746,5	804,0	776,5	835,4	806,5	867,2
Finanzierungssaldo	62,4	47,9	33,3	9,6	45,3	2,6	40,5	-7,2	24,7	-15,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	4,5	2,5	2,3	1,2	2,8	2,2	2,2	2,5		
direkte Steuern	5,6	2,5	2,2	0,2	2,5	2,5	2,1	2,3		
indirekte Steuern	3,1	2,4	2,5	2,5	3,1	1,7	2,3	2,7		
Nettosozialbeiträge	4,2	4,0	3,8	3,7	4,4	3,6	4,8	3,0		
Vermögenseinkommen	13,1	-0,8	0,7	0,8	-1,4	0,0	0,6	0,8		
Laufende Übertragungen	13,2	-2,1	3,1	3,1	-8,5	3,5	3,0	3,2		
Vermögenstransfers	26,5	-9,0	1,6	1,9	-3,9	-12,8	1,3	1,8		
Verkäufe	5,0	4,0	2,9	3,0	5,1	3,1	3,0	2,8		
Sonstige Subventionen	-10,1	-9,5	0,0	0,0	-20,7	0,0	0,0	0,0		
Insgesamt	4,8	2,9	2,9	2,3	3,2	2,7	3,2	2,7		
Ausgaben										
Vorleistungen	4,0	5,3	5,0	4,5	5,9	4,7	5,3	4,7		
Arbeitnehmerentgelte	3,7	3,8	3,8	3,6	3,5	4,0	4,0	3,6		
Soziale Sachleistungen	2,7	4,1	3,9	3,9	4,0	4,2	3,9	3,9		
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-7,4	-8,1	-4,4	-4,0	-10,8	-5,2	-1,7	-7,0		
Subventionen	6,0	4,8	2,8	2,5	7,0	2,8	3,2	2,5		
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,7	3,9	3,8	4,5	4,8	3,9	3,9		
Sonstige laufende Transfers ⁹	7,9	5,4	3,8	4,0	2,1	3,4	1,8	2,0		
Bruttoinvestitionen	9,0	6,9	5,8	5,8	10,6	4,2	4,7	6,7		
Vermögenstransfers ⁹	-1,7	-4,3	1,3	1,0	0,3	-14,7	3,4	3,3		
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,3	-0,1	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0		
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	16,8	0,0	0,0	0,0		
Insgesamt	3,4	4,0	4,0	3,8	4,3	3,7	4,0	3,9		

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 11. September 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Daniel Kempfner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter